



SCHWERPUNKT

Landkreisversammlung 2025

SCHWERPUNKT: LANDKREISVERSAMMLUNG 2025

Rede bei der 43. Landkreisversammlung

Land und Landkreise – Für eine gute Zukunft vor Ort

5

Ansprache von Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL

Verantwortung teilen – Zukunft gestalten

12

Der Landkreistag Baden-Württemberg war und ist mit prägenden
Landratspersönlichkeiten im DLT vertreten

Großer Dank an Joachim Walter

18

Grußbotschaften anlässlich der Verabschiedung von Joachim Walter

„Fair im Umgang, hart in der Sache“

21

Verabschiedung von Joachim Walter als Präsident des Landkreistags
Baden-Württemberg

„Einer, dem nichts zu viel gewesen ist“

22

Abschiedsworte

**„Es überwiegt ... die Freude, für Menschen dieses Landes
gestalten und arbeiten zu dürfen, ja, ihnen dienen zu dürfen“**

25

Schlussworte bei der 43. Landkreisversammlung

„... lassen Sie es uns gemeinsam anpacken ...“

28

WEITERE THEMEN

Fachgespräch der Kommunalen Landesverbände

„EU-Umweltpolitik“ in Brüssel

29

Fachberatung Quartiersentwicklung

Neue Fachberaterin

30

Förderprogramm Quartiersimpulse

1,5 Millionen Euro fließen in 18 lebendige Kommunen und Kreise

31

Zusammenschluss von sechs Landkreisen

Netzwerk Neue Festkultur ruft den „Tag der Festkultur“ am 10. Oktober aus

32

Hier schlägt das Herz einer modernen, zukunftsfähigen Verwaltung

Zweite Immobilienwerkstatt im Rems-Murr-Kreis

33

PERSONALIEN

31

Alle Artikel und vieles mehr finden Sie auf
unserer digitalen Informationsplattform

landkreisnachrichten.de

Präzedenzloser Kollaps der Kommunalfinanzen

„Land und Landkreise – Für eine gute Zukunft vor Ort“. Unter diesem Motto fand am 22. September in Balingen im Zollernalbkreis die 43. Landkreisversammlung statt. Im Mittelpunkt aller Redebeiträge stand dabei die desaströse Finanzlage der Kommunen. Der präzedenzlose Kollaps der Kommunalfinanzen gefährdet inzwischen vieles von dem, was für eine gute Zukunft vor Ort steht.

Von Prof. Dr. Alexis von Komorowski
Landkreistag Baden-Württemberg

Gerade auch wenn es um den beispiellosen Absturz der Kommunalfinanzen geht, hat die alte Redewendung ihre volle Berechtigung: Zahlen sagen mehr als 1000 Worte. Daher vorneweg ein Blick auf die Entwicklung der kommunalen Haushalte. Bereits das vergangene Jahr haben die deutschen Landkreise, Städte und Gemeinden mit einem noch nie dagewesenen Defizit in Höhe von 24,3 Milliarden Euro abgeschlossen. In diesem Jahr wird das bundesweite Defizit der Kommunen die Schallmauer von 30 Milliarden Euro durchbrechen. Und in den kommenden Jahren werden die kommunalen Haushalte dann allen seriösen Prognosen zufolge von einem Rekorddefizit zum nächsten eilen, wenn es jetzt nicht zu einem veritablen Turnaround kommt. Ausschlaggebend für diese dramatische Deckungslücke ist eine massive Ausgabendynamik, die deutlich über dem Einnahmewachstum liegt. Und die Folgen liegen auf der Hand. Da die Rücklagen der Kommunen vielerorts bereits jetzt aufgebraucht sind und dort, wo es noch welche gibt, wegschmelzen wie das Blutorangeneis im hochsommerlichen Freibad, sind die Konsequenzen nur allzu absehbar: massive Liquiditätsprobleme, massive Kassenkreditverschuldung, massiver Absturz von Investitionen.

Historisch beispielloser Absturz der Kommunalfinanzen

„Ich selbst habe unsere finanzielle Situation jedenfalls noch nie so desaströs und vor allem auch so perspektivlos erlebt wie momentan.“ So hat es bei der diesjährigen Landkreisversammlung Dr. Achim Brötzel formuliert, der dort zum Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt wurde, nachdem er dreizehn Monate zuvor bereits das Amt des Präsidenten des Deutschen Landkreistags übernommen hatte. Und in der Tat: Blickt man auf die vergangenen Jahrzehnte zurück, dann wird rasch klar, dass es einen solchen Absturz der Kommunalfinanzen wie aktuell bisher nicht gegeben hat.

Die bislang höchsten kommunalen Defizite waren in den Jahren 1992 und in 2003 zu verzeichnen. Vergleichen lässt



© Landkreistag Baden-Württemberg

sich die damalige Situation mit der heutigen allerdings nicht. Dies verbietet sich schon, wenn man das schiere Ausmaß der jeweiligen Defizite miteinander vergleicht. Nominal wurden diese bisherigen Rekordwerte allein schon im Jahr 2024 um nahezu das Dreifache übertroffen; und auch inflationsbereinigt ist das Defizit von 2024 immer noch um 50 % höher als das von 1992 und um 87 % höher als das von 2003.

Ein weiterer, noch viel entscheidenderer Unterschied liegt darin, dass die Defizite von 1992 und 2003 zu einem Gutteil auf spezifische Einzelphänomene ursächlich rückführbar sind. 1992 waren dies die hohen Defizite der ostdeutschen Kommunen nach der Wiedervereinigung, in 2003 die einbrechenden Gewerbesteuer nach der Unternehmenssteuerreform 2001 unter Rot-Grün. Die aktuelle Finanznot der Kommunen ist demgegenüber ungleich stärker als seinerzeit strukturell bedingt. Plastisch veranschaulichen lässt sich die über Jahre gewachsene strukturelle Schieflage bei den Kommunalfinanzen anhand jener beiden sprechenden Kennzahlen, auf die von kommunaler Seite immer wieder hingewiesen wird: Die Kommunen müssen für deutlich mehr als ein Viertel der Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts geradestehen, haben aber nur einen Anteil von rund einem Siebtel an den Steuereinnahmen. Diese strukturelle Unterfinanzierung verschärft sich naturgemäß, wenn sich die deutsche Wirtschaft wie aktuell in einer lang anhaltenden Stagnationsphase befindet.

Was es jetzt braucht

Wie lässt sich angesichts einer solch desolaten Situation Remedur schaffen? Die kommunale Familie formuliert hier einen dreifachen Appell: Es bedarf erstens einer kurzfristigen finanziellen Stabilisierung der kommunalen Haushalte. Zweitens muss die Ausgabendynamik bei den Sozialleistungen durchbrochen werden. Drittens gilt es, systematisch

Standards zu überprüfen und Verfahren konsequent zu vereinfachen.

Was die Stabilisierung der Kommunalfinanzen anbelangt, ist im Ausgangspunkt fraglos von den finanzverfassungsrechtlichen Vorgaben unseres Grundgesetzes auszugehen. Danach sind die Kommunen bekanntlich Teil der Länder. Und infolgedessen ist es auch das Land Baden-Württemberg, das eine aufgabengerechte Finanzausstattung der baden-württembergischen Landkreise, Städte und Gemeinden sicherzustellen hat. Von dem verfassungsrechtlich verbürgten Zielbild einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen haben wir uns freilich auch in Baden-Württemberg zuletzt deutlich entfernt. Auf 3,1 Milliarden Euro belief sich allein in 2024 das Defizit der hiesigen Landkreise, Städte und Gemeinden.

Das Land hat vorerst geliefert

Allerdings wird man dem Land zugestehen müssen, dass es am 10. Oktober mit den Kommunalen Landesverbänden ein Finanzpaket geschnürt hat, das die immense Finanznot der Landkreise, Städte und Gemeinden zwar sicherlich nicht beseitigen kann, aber doch zum richtigen Zeitpunkt entlastend wirkt und den Kommunen Luft zum Atmen verschafft. Insofern gebührt der Landesregierung ebenso wie den Regierungsfractionen Lob, Dank und Anerkennung. Wobei ein solcher Dank dann natürlich wieder die schärfste Form der Bitte ist. Die Kommunen werden, damit sie wieder zu geordneten Finanzverhältnissen zurückfinden können, in absehbarer Zeit weitergehende Unterstützung durch das Land benötigen. Diese Unterstützung braucht dabei übrigens, kleiner fun fact, auch nicht immer gleich Geld zu kosten. Ein deutlicher Schritt nach vorne wäre es beispielsweise, wenn das Land sich endlich darauf verstehen würde, die Schutzlücken, die das Konnexitätsprinzip aufweist, durch eine entsprechende Änderung der Landesverfassung zu schließen. Ministerpräsident Kretschmann hat in seiner Ansprache bei der Landkreisversammlung erklärt, man müsse als Land gegenüber dem Bund auf der Einhaltung der Veranlassungskonnextität bestehen. Dasselbe tun wir Kommunen gegenüber dem Land.

Jetzt muss endlich der Bund handeln

Dass nach unserer grundgesetzlichen Ordnung das Land Baden-Württemberg alleiniger finanzverfassungsrechtlicher Adressat der baden-württembergischen Landkreise, Städte und Gemeinden ist, darf über eines allerdings nicht hinwegtäuschen. Für einen Großteil der Belastungen, unter denen die Kommunen ächzen und stöhnen, trägt der Bund die maßgebliche Verantwortung. Und daher richtet sich die aktuelle finanzpolitische Kernforderung der Kommunen auch gegen niemand anderen als den Bund. Mantraartig betont die kommunale Familie, dass es einer Verdreifachung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf künftig 6 % bedarf. Dies würde auf kommunaler Seite Mehreinnahmen pro Jahr von 11 bis 12 Milliarden Euro erbringen. Da-

durch würde die kommunale Finanznot zwar noch nicht beseitigt, aber doch spürbar abgemildert. Dass sich Berlin dem aktuell ebenso verschließt wie der Rückkehr zur vollständigen Übernahme der Unterkunft- und Heizkosten für die SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Fluchthintergrund, erweckt den Anschein, als ob man sich an der Spree des Ausmaßes des kommunalen Finanzdesasters entgegen anderslautender Beteuerungen immer noch nicht so richtig bewusst ist.

Ausgabendynamik im Sozialbereich brechen

So nötig die Stärkung der kommunalen Einnahmenseite auch ist, so unabdingbar ist es gleichzeitig, die ausgabenseitige Wachstumsdynamik etwa im Sozialbereich signifikant zurückzuführen. Gewisse Hoffnungen setzen wir in die Sozialstaatskommission. Es geht um eine Entregulierung der Sozialbücher mit Fokus auf Vereinfachung und pauschale Lösungen statt kleinteiliger Einzelfallgerechtigkeit. Diese massive Rechtsvereinfachung ist ihrerseits von zentraler Bedeutung, um bei der Digitalisierung voranzukommen und deren Effizienzpotenziale schöpfen zu können.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Allein nur durch Vereinfachung und Digitalisierung wird es nicht gelingen, die Ausgabendynamik zu brechen. Entscheidend ist es daher auch, Sozialleistungen auf bedürftige Menschen zu konzentrieren. Bürger mit vergleichsweise hohen Einkommen oder Vermögen sollten nicht durch steuerfinanzierte Sozialleistungen gefördert werden. So müsste etwa – um nur ein Beispiel herauszugreifen – das Angehörigen-Entlastungsgesetz überdacht werden, das unterhaltspflichtige Kinder erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro zur Finanzierung der Sozialhilfeleistung für ihre Eltern heranzieht. Denn dadurch wird nicht nur die Angehörigenpflege geschwächt, die wir angesichts der demographischen Entwicklung eigentlich stärken wollen. Zugleich ist durch diesen seinerzeitigen Federstrich des Gesetzgebers ein Loch von vielen hundert Millionen Euro in die öffentlichen Kassen gerissen worden. Derartiges muss heute zwingend hinterfragt werden.

Aufgaben und Standardkritik als Daueraufgabe etablieren

Schließlich braucht es eine konsequente Aufgaben- und Standardkritik. Hier wird es vor allem auch darauf ankommen, diese Aufgaben- und Standardkritik nicht nur in vorübergehenden Allianzen und zeitlich befristeten Initiativen voranzubringen. Vielmehr muss die Aufgaben- und Standardkritik als Daueraufgabe systemisch implementiert werden. Dies ist auch deshalb so wichtig, weil unsere parlamentarische Demokratie den seinerseits systemisch angelegten Hang zu beständiger Aufgabenmehrung und zu immer neuer Regulierung aufweist. Und dies aus einem ganz simplen Grund: Wer gewählt und wiedergewählt werden möchte, setzt sich für das Mehr und Besser ein, nicht für das Weniger. Damit trägt die repräsentative Demokratie sozusagen wezensmäßig zur Dynamik der Aufgaben- und Regulierungsexpansion bei.

Umso wichtiger ist es, ein systemisches Gegengewicht zu schaffen und die Aufgaben- und Standardkritik im erwähnten Sinn als Daueraufgabe strukturell zu verankern. Hierfür gibt es unterschiedliche instrumentelle Ansätze. Ein Beispiel will ich hier nennen. Einem unabhängigen Normkontrollrat sollte ein suspensives Veto eingeräumt werden, so dass eine nochmalige Parlamentsbefassung verlangt werden kann, wenn entgegen seiner substantiierten Stellungnahme durch Gesetz neue Aufgaben bzw. Standards etabliert werden sollen, die mit einem relevanten Ressourcenaufwand verbunden sind.

Gerade diese bitter nötige Aufgaben- und Standardkritik war und ist übrigens ein Herzensthema von Joachim Walter, der im Rahmen der Landkreisversammlung aus dem Amt des Präsidenten des Landkreistags verabschiedet und sozusagen uno actu zum überhaupt ersten Ehrenpräsidenten des

Landkreistags bestellt wurde. In seiner beeindruckenden Abschiedsrede hat er nochmals deutlich betont, dass kraftvolle Schritte der Deregulierung, eben weil sie unser Land voranbringen, immer auch so etwas wie praktische Extremismusprävention bedeuten.

Und so endet dieses Editorial denn auch mit einem nochmaligen herzlichen Dank an denjenigen, der zwölf Jahre lang an der Spitze der baden-württembergischen Landkreise stand und mit höchstem Engagement, immenser Schaffenskraft und viel Herzblut für die kommunale Selbstverwaltung gestritten hat und für sie eingestanden ist. Dankeschön, Ehrenpräsident Joachim Walter.

Prof. Dr. Alexis von Komorowski ist Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg

REDE BEI DER 43. LANDKREISVERSAMMLUNG

Land und Landkreise – Für eine gute Zukunft vor Ort



In seiner Grundsatzrede ging der neu gewählte Landkreistagspräsident Dr. Achim Brötel zunächst auf den beispiellosen Absturz der Kreisfinanzen ein und appellierte an die politisch Verantwortlichen in Land und Bund, den Kommunen rasch und beherzt unter die Arme zu greifen. Im Weiteren kam er mit Blick auf die Landtagswahlen am 8. März 2026 auf die zehn Kernerwartungen zu sprechen, die die baden-württembergischen Landkreise an eine neue Landesregierung und einen neuen Landtag haben.

Von Dr. Achim Brötel · Landkreistag Baden-Württemberg

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich den Süden unserer Republik auf der Landkarte anschaut, sieht man sofort: Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern grenzen an ein echtes Wunder, nämlich an Baden-Württemberg. Wer Badener und Schwaben, aber auch viele andere Menschen aus der ganzen Welt zusammenführen und mit ihnen gemeinsam Heimat gestalten kann, muss schon etwas ganz Besonderes sein. Etwas, auf das wir stolz sein können und auch stolz sind: Ein Land mit unverwechselbaren Landschaften, pulsierenden Städten und vitalen Dörfern. Ein Land, in dem Tüftlergeist und Fleiß auf Heimatsinn und Weltoffenheit treffen. Und nicht zuletzt ein Land, das seinen auch wirtschaftlichen Erfolg in erster Linie den Menschen verdankt, die hier leben und arbeiten.

Es gibt aber noch einen weiteren, sogar ganz entscheidenden Erfolgsfaktor. Das ist die kommunale Selbstverwaltung. Seit Jahrzehnten bilden Landkreise, Städte und Gemeinden das Fundament unseres staatlichen Gemeinwesens. Und gerade in den letzten Jahren haben wir doch wirklich vielfach eindrucksvoll bewiesen, dass wir in der Lage sind,

selbst größte Herausforderungen anzunehmen und zu schultern. Ich denke etwa an den starken Zustrom geflüchteter Menschen, die Pandemie oder die Folgen des verbrecherischen russischen Überfalls auf die Ukraine.

Wenn irgendetwas wirklich immer funktioniert hat, dann ist es zweifelsohne die kommunale Bank gewesen. Wir stehen wie keine zweite staatliche Ebene für lösungsorientiertes, zupackendes Handeln und damit zugleich auch für Verlässlichkeit vor Ort.

Deshalb verdienen wir bei aller uns eigenen Bescheidenheit, die Landrätinnen und Landräte bekanntlich schon mit der Muttermilch aufsaugen, deutlich mehr Vertrauen in das, was, genauso aber auch in die Art, wie wir es tun. Bei Lenin hieß es einmal: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Genau umgekehrt wird aber doch erst ein Schuh draus: Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist allemal noch besser.

Leider ist diese Botschaft in der Politik aber offenbar immer noch nicht überall angekommen. Im Gegenteil: Gerade momentan lässt man uns, wenn ich etwa auf die Kommunalfinanzen schaue, sogar am langen Arm verhungern. Da

steht inzwischen jedoch sehr viel mehr auf dem Spiel. Die Demokratie wird nämlich immer vor Ort gewonnen. Sie kann aber eben auch vor Ort verloren werden.

Unser kommunales Schiff ist momentan in großer Not. Es liegt tief im Wasser, ja es hat teilweise schon eine unübersehbare Schlagseite. Trotzdem sind die Offizierinnen und Offiziere in Berlin und Stuttgart allem Anschein nach aber überwiegend mit sich selbst beschäftigt. Der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Prof. Lars Feld hat das jüngst so beschrieben: „Es kommt mir vor wie auf der Titanic: Die Stimmung ist gut, das Orchester spielt einfach weiter, es ändert sich nichts und das Schiff geht unter.“ So weit darf es aber definitiv nicht kommen.

Der unvergessene Manfred Rommel hat einmal gesagt: „Wir haben ein Problem mit Soll und Haben. Wir sollten – und ich füge hinzu: Wir sollten sogar vieles –, aber wir haben nicht.“ Die Kommunen stecken auch in Baden-Württemberg momentan in der größten Finanzkrise, die dieses Land jemals erlebt hat. Schon 2024 mussten die Gemeinden, Städte und Landkreise nur in Baden-Württemberg allein ein historisches Defizit von 3,1 Milliarden € verzeichnen. Dieses Jahr und erst recht 2026 wird es sogar noch einmal deutlich schlechter. Schon jetzt können neun von zehn Landkreisen ihre Aufwendungen nicht mehr aus den laufenden Erträgen erwirtschaften. Ich bin fast auf den Tag genau seit 20 Jahren Landrat und war vorher knapp sieben Jahre Bürgermeister. Das ist eine lange Zeit, in der man auch Entwicklungen beobachten kann. Und genau vor diesem Hintergrund sage ich heute: Es ist für die kommunale Seite kontinuierlich abwärtsgegangen, in den letzten Jahren sogar in rasantem Tempo. Ich selbst habe unsere finanzielle Situation jedenfalls noch nie so desaströs und vor allem auch so perspektivlos erlebt wie momentan.

Diese Entwicklung kommt aber nicht etwa plötzlich und unerwartet. Nein, diese Entwicklung ist vielmehr eindeutig eine Entwicklung mit Ansage. Die Kommunen haben schon seit Jahren immer wieder warnend darauf hingewiesen, dass uns Bund und Land permanent entweder neue Aufgaben aufbürden oder aber bestehende munter ausweiten, ohne dabei die Kostenfolgen im Blick zu behalten. Ja, ich will heute sogar noch einen Schritt weitergehen: Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob all das sogar System hätte. Dadurch, dass der Bund und leider, lieber Herr Ministerpräsident, auch das Land permanent einfach Kosten auf uns verschieben, die sie eigentlich selbst tragen müssten, wird der eigene Haushalt nämlich schlicht zu unseren Lasten geschönt.

Dieser Tage ist ein denkwürdiges Jubiläum durch die Medien gegangen. Zehn Jahre ist es her, dass die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel den Satz formuliert hat: „Wir schaffen das.“ Alle Welt diskutiert deshalb gerade über die Frage, was wir jetzt tatsächlich geschafft haben und was vielleicht auch nicht. Ich würde aber gern über etwas ganz anderes diskutieren, nämlich über die Frage: Wer bitte ist eigentlich „wir“?

Ich selbst gehöre definitiv nicht zu denen, die den Satz „Wir schaffen das“ generell für falsch oder gar für verhäng-

nisvoll halten. Im Gegenteil: Wenn wir als Gesellschaft zusammenstehen, können wir nämlich in der Tat sogar eine ganze Menge schaffen – mehr, als uns vielleicht selbst bewusst ist. Deshalb habe ich mich immer zu dieser Aussage und auch der daraus folgenden christlichen Verantwortung bekannt. Und wir alle haben dann ja auch danach gehandelt.

Wenn ich Angela Merkel etwas vorwerfe, dann ist es allerdings das, dass sie die Begründerin des größten Verschiebeparkplatzes zugunsten Dritter, nämlich zugunsten der Kommunen, in der deutschen Geschichte ist. „Wir“ waren nach ihrem Verständnis jedenfalls nicht in erster Linie der Bund oder die Länder. „Wir“ – das waren vielmehr immer die Kommunen, egal ob es um die Aufnahme, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen, das schlicht nicht mehr sinnvoll zu administrierende und schon gar nicht mehr zu bezahlende Bundesteilhabegesetz, die Bewältigung der Pandemie oder vieles andere mehr gegangen ist. Eigentlich hätte der Satz deshalb heißen müssen: „Ihr müsst das irgendwie schaffen.“ Dann aber – das will ich wirklich in aller Deutlichkeit hinzufügen – bitte am Ende wenigstens nicht auch noch auf unsere Kosten. So kann man nämlich mit uns Kommunen definitiv nicht umgehen.

Zuletzt haben wir vor allem immer wieder auch auf die rasende Geschwindigkeit hingewiesen, in der die Kommunalfinanzen zerrüttet werden. Allein von 2023 auf 2024 hat sich unser Defizit bundesweit vervierfacht – in einem Jahr von minus 6,2 Milliarden auf minus 24,3 Milliarden Euro. Im ersten Quartal 2025, also in diesem Jahr, waren es deutschlandweit schon wieder minus 16,7 Milliarden Euro – in einem einzigen Quartal! Wo bitte soll denn diese Entwicklung noch hinführen?

Bei den Landkreisen sind es insbesondere die dynamisch aufwachsenden Ausgaben für die Eingliederungshilfe und die Jugendhilfe sowie die absurd hohen Defizitausgleiche im Klinikbereich, wo wir im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger als Ausfallbürge einer Politik einspringen müssen, die ihre Hausaufgaben nicht mehr geregelt kriegt, sondern sich in Abgrenzung, Konfrontation und endlosen Diskussionen gefällt, anstatt die Dinge endlich einmal konsequent und lösungsorientiert anzugehen.

Von Willy Brandt stammt der berühmte Satz: „Der Respekt vor dem mündigen Bürger verlangt, dass man ihm Schwierigkeiten nicht vorenthält.“ Ist dieser absolut richtige Satz inzwischen denn völlig vergessen?

Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bei der Eröffnung des Deutschen Fürsorgetags am letzten Dienstag in Erfurt eine, wie ich finde, sehr bemerkenswerte, sehr beherzte und vor allem auch sehr richtige Rede gehalten. Ich will daraus nur ganz wenige Sätze zitieren. Der Bundespräsident sagt:

„Was wir brauchen, ist jetzt mutige Politik, die um ihre Verantwortung weiß. Um die Übernahme dieser Verantwortung haben sich Parteien und Personen in den Parteien beworben. Und: Dafür wurden sie gewählt! Deshalb: Liebe Koalition, jetzt geht es nicht um Parteitaktik oder Umfragen. Es geht um unser Land! Es geht um den schwierigen Ausgleich

„Wenn es nicht gelingt, die Kommunen aus ihrer akuten Finanznot zu befreien, dann wird nicht bloß die vorhin in Erinnerung gerufene Erfolgsgeschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Baden-Württemberg ein jähes Ende finden, sondern dann werden die Kommunen auch als Akteure, als Treiber und als Moderatoren der dringend erforderlichen Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausfallen.“

von Interessen und um kluge Entscheidungen in der Sache. Dieser Verantwortung müssen Sie gerecht werden!“

Mit Ausrufezeichen! Dem ist aus meiner Sicht nur noch hinzuzufügen: Lieber Herr Bundespräsident, danke für diese Worte. Hoffentlich sind sie auch in Berlin endlich einmal gehört worden.

Das, was der Bundespräsident angeprangert hat, betrifft aber nicht nur Berlin. Es betrifft, lieber Herr Ministerpräsident Kretschmann, nämlich leider auch Stuttgart. Das Land Baden-Württemberg hat uns nach zähen Verhandlungen jetzt zwar wenigstens Liquiditätshilfen zugestanden. Dafür sind wir durchaus dankbar. Ich will hier keinen falschen Eindruck erwecken. Eine nachhaltig wirkende Lösung unserer finanziellen Probleme ist das – mit Verlaub – aber trotzdem nicht. Unsere kommunale Mühle leidet doch darunter, dass uns Bund und Land schon seit Jahren permanent das Wasser abgraben und wir deshalb das Mühlrad nur noch mit größter eigener Anstrengung überhaupt am Laufen halten können. Wenn uns jetzt vorübergehend mehr Frischwasser zugeführt wird, hilft das zwar. Es hilft aber eben nur für den Augenblick. Was wir deshalb brauchen, ist endlich wieder eine dauerhaft erhöhte Schüttung. Nur so kann sich unser Mühlrad verlässlich weiterdrehen.

Dass man mit 14 % der Steuereinnahmen nicht dauerhaft 28 % der staatlichen Aufgaben finanzieren kann, müssten doch eigentlich sogar diejenigen begreifen, die in Mathematik öfter krank waren.

Was wir deshalb jetzt dringend brauchen, ist endlich ein finanzieller Befreiungsschlag für die kommunale Ebene. Unsere Forderungen dazu liegen seit Jahr und Tag auf dem Tisch. Seitens des Bundes heißt das eine Verdreifachung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf künftig 6 %. Das wären jährliche Mehreinnahmen für die kommunale Seite von 12 Milliarden Euro. Angesichts eines kommunalen Defizits von in diesem Jahr wohl 30 Milliarden Euro oder mehr wäre selbst das zwar sicher noch nicht genug, um unsere Finanznot zu beseitigen. Es wäre aber ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der kommunalen Ebene. Die Neigung, einen solchen Schritt zu gehen, scheint in Berlin



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

aber leider nicht sonderlich ausgeprägt zu sein. Unser Schiff ist zwar in großer Not, aber die Offizierinnen und Offiziere auf der Kommandobrücke diskutieren lieber über einzelne Formulierungen ihres Bordbuchs. Verantwortung für Deutschland sieht anders aus.

Auch das Land ist natürlich weiter gefordert. Wir sind verfassungsrechtlich ein Teil der Länder und haben deshalb sogar einen Anspruch auf eine angemessene finanzielle Mindestausstattung. Dazu hoffen wir endlich auch auf ein klares Wort aus Karlsruhe. Die Verfahren der Landkreise Kaiserslautern, Mansfeld-Südharz und des Salzlandkreises vor dem Bundesverfassungsgericht hängen – sozusagen stellvertretend für uns alle – jetzt wirklich schon lange genug.

Vom Land erwarten wir kurzfristig einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen. Dass die Landkreise, Städte und Gemeinden derzeit finanziell angemessen ausgestattet wären, wird auch in Stuttgart nämlich sicher niemand ernsthaft behaupten können.

Und eines muss uns bei alledem auch klar sein: Wenn es nicht gelingt, die Kommunen aus ihrer akuten Finanznot zu befreien, dann wird nicht bloß die vorhin in Erinnerung gerufene Erfolgsgeschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Baden-Württemberg ein jähes Ende finden, sondern dann werden die Kommunen auch als Akteure, als Treiber und als Moderatoren der dringend erforderlichen Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausfallen. Die Folgen, die das für unser Gemeinwesen hätte, will ich mir gar nicht erst ausmalen. Deshalb werden wir weiterhin und zur Not auch noch lauter für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land streiten. So, wie es momentan ist, kann es jedenfalls unmöglich bleiben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gehört zur guten Tradition unserer Landkreisversammlungen, dass wir die Anwesenheit so vieler prominenter Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik und insbesondere auch die unseres Ministerpräsidenten-



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski /
Landkreistag Baden-Württemberg

ten zum Anlass nehmen, um bei dieser Gelegenheit unsere aktuellen Erwartungen an das Land zu thematisieren. In finanzieller Hinsicht habe ich das bereits getan. Ich will den Bogen aber jetzt ganz bewusst noch weiter spannen.

Sie, lieber Herr Ministerpräsident, haben bei Ihrer ersten Teilnahme an einer Landkreisversammlung, damals quasi vor der eigenen Haustür in Sigmaringen, vielleicht eher ein klein wenig mit dieser Tradition gefremdelt, sie in der Folgezeit dann aber doch für sich angenommen. Nachdem Sie heute letztmals als Ministerpräsident an einer Landkreisversammlung teilnehmen, werden Sie unsere landespolitischen Forderungen daher bestimmt auch als das werten, was sie am Ende sind, nämlich eine durchaus erwartungsvolle, in jedem Fall aber konstruktive Positionierung derjenigen staatlichen Ebene, der das Subsidiaritätsprinzip aus guten Gründen eine ganz besondere Bedeutung für das Gelingen unseres Gemeinwesens beimesst. Wir wissen natürlich auch, wie das in der Praxis ist: Unmögliches wird zwar in der Regel sofort erledigt, Wunder dauern dafür schon auch einmal etwas länger. Deshalb würden wir von Ihnen natürlich niemals Wunder erwarten. Der erste Teil des Satzes gilt aber trotzdem.

Alle unsere Erwartungen an die Landespolitik – immerhin 100 an der Zahl – haben wir in einer Broschüre zusammengefasst, die Sie auf Ihren Tischen finden. Alle kann und will ich heute natürlich nicht ansprechen. Das würde den Rahmen dann doch sprengen. Bevor Sie jetzt alle in den beliebten Kindervers einstimmen: „Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, wär ich doch zuhause“ geblieben“, will ich mich in aller Kürze auf unsere zehn Kernerwartungen beschränken.

1. Den Sozialstaat neu ausrichten und zukunfts fest aufstellen

Für uns als Landkreise gibt es ein klares Bekenntnis. Dieses Bekenntnis lautet: Gerade die Schwachen brauchen starke Fürsprecher. Solche starken Fürsprecher sind die Landkreise immer gewesen; und das wollen wir auch künftig bleiben. Um unsere sozialen Sicherungssysteme demografiefest und zukunftssicher zu machen, braucht es aber zwingend eine

strukturierte Aufgaben- und Ausgabenkritik. Das gilt nicht nur mit Blick auf die Knappheit der finanziellen Ressourcen, sondern vor allem auch mit Blick auf unsere zunehmend enger werdenden personellen Handlungsspielräume. Selbst wenn es morgen Goldstücke regnen würde, worauf zumindest meine Wetter-App allerdings nicht hindeutet, hätten wir dadurch allein nämlich noch keine einzige Mitarbeiterin und keinen einzigen Mitarbeiter mehr.

Natürlich ist hier primär der Bund gefordert. Und ja, es ist richtig: „Die Versöhnung zwischen Finanz- und Sozialpolitik gleicht der Versöhnung zwischen Hund und Katze bei der Vermittlung des Kanarienvogels.“ Bevor ich jetzt Ärger mit den Tierschutzverbänden kriege, will ich allerdings darauf hinweisen: Das war ein wörtliches Zitat – übrigens einmal mehr von Manfred Rommel –, und ich habe, wie Sie sicher gehört haben, in Anführungs- und Schlusszeichen gesprochen. Die Problembeschreibung trifft den Nagel aber trotzdem auf den Kopf. Und der Handlungsbedarf ist unbestritten.

Aber auch das Land, lieber Herr Ministerpräsident, ist da am Zug, etwa über gezielte Bundesratsinitiativen. Was spricht den beispielsweise gegen eine schrittweise Anpassung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung? Immerhin wird inzwischen schon jeder fünfte Euro des Bundeshaushalts für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung genutzt.

2. Die Kommunen bei der Eingliederungs- und der Jugendhilfe finanziell entlasten

Gerade diese beiden wichtigen Bereiche entwickeln sich für uns mehr und mehr zu einem regelrechten Fass ohne Boden. Schon seit Jahren steigen die kommunalen Nettoaussgaben in der Eingliederungs- und der Jugendhilfe stark an.

Allein bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit einer Behinderung haben sich die Ausgaben der baden-württembergischen Landkreise – wohlgemerkt bereits abzüglich aller Erstattungen – von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf jetzt 2,4 Milliarden Euro (2025) gesteigert. Das sind 700 Millionen Euro oder 41 % mehr in nur vier Jahren. Und wir sind

wegen der noch nicht vollständig abgeschlossenen Umstellung der Verträge ja sogar immer noch ein Stück weit vor der eigentlichen Kostenlawine. Was läge vor diesem Hintergrund denn eigentlich näher, als dass das Land seiner verfassungsrechtlichen Pflicht zur aufgabenangemessenen Finanzausstattung der Kommunen in der Weise nachkommt, dass es sich anteilig an den Nettobelastungen der Kommunen bei der Eingliederungshilfe beteiligt? Das hätte – wir sind ja unter uns – übrigens auch den positiven Nebeneffekt, dass das bislang eher im Verborgenen blühende Interesse des Landes, die Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe zu bremsen, dann im Zweifel auch deutlich sichtbarer zum Vorschein käme.

3. Schulische Inklusion konsequent umsetzen, kommunale Sonderlasten ausgleichen

Im Grunde knüpft das unmittelbar an den vorherigen Punkt an. Die UN-Behindertenrechtskonvention bleibt in den baden-württembergischen Schulen derzeit nämlich vielfach schlicht und ergreifend deshalb unerfüllt, weil viele Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung überhaupt nur dann am Unterricht teilnehmen können, wenn sie durch externe, kommunal finanzierte Schulbegleitungen dabei unterstützt werden. Einmal mehr sind wir also auch hier nichts anderes als Ausfallbürgen, in diesem Fall für das Land. Das Land muss deshalb die Versorgung der Schulen und insbesondere der SBBZ mit Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen unbedingt nachhaltig verbessern. Jetzt wissen wir aber natürlich auch, dass Menschen mit dieser beruflichen Qualifikation nicht unbedingt auf den Bäumen wachsen. Dann wäre es aber doch das Mindeste, dass das Land seinen Kommunen wenigstens die Kosten für die ersatzweise Bereitstellung von Schulbegleitungen erstattet, solange es selbst noch keine ausreichende Unterrichtsversorgung gewährleisten kann.

4. Auf eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhausbetriebskosten hinwirken

Die finanzielle Lage der Krankenhäuser in Baden-Württemberg bleibt extrem dramatisch. Rund 65 % aller Kliniken im Land erwarten in diesem Jahr rote Zahlen. Das Land hat uns zwar in der Vergangenheit schon mehrfach mit Soforthilfen unter die Arme gegriffen. Das haben wir sehr dankbar registriert, lieber Herr Ministerpräsident. Nur: Es reicht eben im Ergebnis bei Weitem nicht, um eine dringend erforderliche Stabilisierung unserer Strukturen zu erreichen.

Auch die 4 Milliarden Euro des Bundes für Sofort-Transformationskosten verschaffen den Kliniken zwar etwas Luft. Dauerhaft gestiegene Betriebskosten lassen sich mit Einmalzahlungen aber nicht in den Griff bekommen. Dafür bedarf es vielmehr dann auch einer nachhaltigen Lösung.

Wir brauchen zur Kostensenkung endlich auch einen echten Befreiungsschlag in Sachen Bürokratie und Überregulierung. Dass unsere neue Bundesgesundheitsministerin Nina Warken, die ja aus Baden-Württemberg stammt, etwa

den kropfunnötigen Bundes-Klinik-Atlas jetzt wieder abschaffen will, ist deshalb ganz ausdrücklich zu begrüßen. Das kann und darf aber nur ein erster Schritt sein. Sicher: Auch hier ist zuvörderst der Bund gefordert. Das Land muss über den Bundesrat aber ebenfalls noch mehr Einfluss ausüben als bisher.

5. Investitionsförderung der Krankenhäuser vollumfänglich garantieren

Wir erkennen, liebe Kolleginnen und Kollegen, uneingeschränkt an, dass das Land in den letzten Jahren seine Investitionsförderung spürbar erhöht hat, auch wenn zur ganzen Wahrheit genauso gehört, dass der Aufwuchs zumindest teilweise zulasten der kommunalen Finanzmasse gegangen ist. Gleichwohl klafft aber auch jetzt immer noch eine deutliche Investitionslücke von nicht weniger als 250 Millionen Euro pro Jahr. Hier ist ganz sicher nicht der Bund, sondern hier ist vielmehr originär das Land in der Pflicht. Insbesondere muss die Förderquote zwingend nach oben und damit an die reale Entwicklung der stark gestiegenen Baukosten angepasst werden.

Dass darüber hinaus auch dringend eine Dynamisierung der Pauschalförderung geboten ist, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Der alte Grundsatz, dass auch das Land die schlichte Lebenswirklichkeit anerkennen muss, sollte doch eigentlich selbstverständlich sein. Aber Vorsicht: In der Praxis ist das offenbar nur eine Kann-Bestimmung.

6. Aufgabenangemessene Finanzausstattung der Landkreise sicherstellen

Ständige Wiederholung fördert zwar das Verständnis. Trotzdem will ich es an dieser Stelle – auch mit Blick auf die Uhr – ausnahmsweise mit der bloßen Erwähnung bewenden lassen, weil ich mich vorhin schon ausführlich dazu geäußert habe.

7. Wer bestellt, bezahlt – Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung ertüchtigen

„Es könnt‘ alles so einfach sein, isses aber nicht“, haben die Fantastischen Vier einst zusammen mit Herbert Grönemeyer gesungen. Dieses Lied handelt zwar meines Wissens nicht vom Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung, sondern beschreibt eine andere, allerdings ähnlich komplizierte Beziehung. Trotzdem heißt es dort an einer Stelle aber: „Diese Welt ist in den Miesen und vor allem braucht sie endlich mal ‘ne Entscheidung.“ Das wiederum würde allerdings auch absolut zum Konnexitätsprinzip passen. Vielleicht habe ich deshalb einfach nur den Inhalt des Liedes bisher falsch verstanden.

Mit dem Konnexitätsprinzip könnte nämlich auch alles so einfach sein: Immer wenn das Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern neue Vorgaben schafft, die für die Kommunen mit Mehrkosten verbun-

den sind, dann gleicht es diese Mehrkosten aus. Einfacher geht es doch wirklich nicht mehr. Die Realität ist allerdings trotzdem eine ziemlich andere.

Konnexitätsrechtlicher Mehrbelastungsausgleich für die vom Land im Bundesrat gebilligte Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung im Grundschulbereich? Fehlanzeige. Konnexitätsrechtlicher Mehrbelastungsausgleich für strengere Energieeffizienzstandards bei Verwaltungsgebäuden? Ebenfalls Fehlanzeige. Konnexitätsrechtlicher Mehrbelastungsausgleich aufgrund von zuungunsten der Kommunen veränderter Kostentragungslasten im Katastrophenschutzbereich? Zum dritten Mal Fehlanzeige. Diese Liste ließe sich nahezu problemlos beliebig noch weiter fortsetzen.

Fazit: Das Konnexitätsprinzip unserer Landesverfassung ist sogar noch löchriger als ein Schweizer Käse. Diese Löcher müssen deshalb durch eine Änderung der Landesverfassung endlich gestopft werden.

8. Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung an Grundschulen flexibilisieren und auskömmlich finanzieren

Die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ist – darüber sind wir uns sicher alle einig – gesellschaftlich, aber auch volkswirtschaftlich extrem wichtig. Wenn wir tatsächlich wieder auf den Wachstumspfad gelangen wollen, dann brauchen wir die Eltern dieser Kinder im Arbeitsmarkt. Allerdings kann es auch hier nicht sein, dass die Kommunen ihre dadurch entstehenden Kosten dann nur unzureichend ausgeglichen bekommen. Der eine erfindet die Leistungen und den Rechtsanspruch oder stimmt ihm im Bundesrat bedenkenlos zu und die anderen bekommen am Ende die Rechnungen dafür. Das ist doch ganz offenkundig ein Geschäft zulasten Dritter. Auf jeden Fall ist es aber ein himmelschreiendes Unrecht. Auch damit muss endlich Schluss sein.

Außerdem benötigen wir dringend deutlich mehr Beinfreiheit bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs. Betreuungsqualität muss ganz bestimmt nicht von oben diktiert werden, weil sie nämlich längst schon von unten gelebt wird.

9. Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren stärken

Die steigenden Schülerzahlen an den SBBZ, insbesondere im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, sind nicht wegzudiskutieren. Umso wichtiger ist es deshalb aber, dass das Land jetzt endlich ein klares und vor allem auch mit den notwendigen Ressourcen unterlegtes Konzept zum weiteren Ausbau der SBBZ vorlegt. Wir haben in Baden-Württemberg nun einmal Wahlfreiheit zwischen einem inklusiven Bildungsangebot an einer allgemeinen Schule und einem SBBZ. Und wenn sich immer mehr Eltern mit ihren Kindern für ein SBBZ entscheiden, dann muss darauf auch reagiert werden. Alles andere gibt den betroffenen Schülern und ihren Eltern sonst am Ende doch wieder nur Steine statt Brot.

10. Deutschlandticket nachhaltig ausfinanzieren – ÖPNV-Aufgabenträger absichern

Auch da gilt: Es sind nicht die Kommunen gewesen, die das Deutschlandticket einführen wollten, sondern es war zuvörderst der Bund, allerdings mit wohlwollender Begleitung durch die Länder. Deshalb liegt es jetzt auch am Bund und an den Ländern, für die dringend erforderliche Planungssicherheit bei uns zu sorgen.

In der Sonderverkehrsministerkonferenz am vergangenen Donnerstag wurden dafür zwar wichtige Weichen gestellt. Ich muss allerdings auch in aller Deutlichkeit sagen: Selbst die geplante Preiserhöhung auf 63 Euro, an der aus unserer Sicht gar kein Weg vorbeiführt, wird die Deckungslücke nicht vollständig schließen. Solange der Bund und die Länder ihre Finanzierungsbeiträge jeweils bei 1,5 Milliarden Euro einfrieren und diese Preiserhöhung nur rund 500 Millionen Euro zusätzlich erbringt, die Kosten aber schon im nächsten Jahr voraussichtlich 3,8 Milliarden Euro betragen, fehlen einfach allein 2026 noch immer 300 Millionen Euro.

Deshalb steht das Land hier auch weiterhin in der Pflicht. Als ÖPNV-Aufgabenträger sitzen wir nämlich unweigerlich in der von uns nicht zu verantwortenden Kostenfalle der EU-Verordnung 1370/2007, wenn das Land das Deutschlandticket nicht endlich auch gesetzlich vorgibt. Einen solchen gesetzlichen Tarifenwendungsbefehl erwarten wir deshalb, wenn das Deutschlandticket eine Zukunft haben soll. Einen solchen haben uns der Finanzminister und der Verkehrsminister im April auch schriftlich zugesagt, wenn die Finanzierungsmodalitäten mit dem Bund geklärt sind. Das ist jetzt der Fall. Wer, lieber Herr Ministerpräsident, A sagt, der muss auch B sagen. Es kann jedenfalls nicht sein, dass wir am Ende auch dort wieder die Zeche mitbezahlen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich räume ein: Unsere Erwartungen an das Land sind groß. Aber groß sind eben auch die Herausforderungen, vor denen wir in den Kommunen vor Ort stehen. Groß ist vor allem auch die Not, in die die baden-württembergischen Kommunen in einer geradezu abenteuerlichen Geschwindigkeit abgerutscht sind. Ich kann deshalb nur noch einmal mit aller Dringlichkeit dafür werben, die Kommunen jetzt schnell und nachhaltig finanziell zu stabilisieren. Dafür kann auch der Bundesrat ein geeignetes Vehikel sein. In der nächsten Zeit stehen nämlich einige Entscheidungen an, die man dafür gut nutzen könnte. Über allem muss die Devise stehen: Nicht kleckern, sondern klotzen. Jeder, der auch nur einen Funken Verständnis für unser von unten nach oben aufgebautes Gemeinwesen hat, muss auch wissen, welche Konsequenzen es nach sich zieht, wenn das untere Stockwerk des Staatsgebäudes wegen statischer Fehler eines Tages in sich zusammenbrechen würde.

Die Bürgerinnen und Bürger erleben ihren Staat doch in allererster Linie vor Ort. Der Bundeskanzler hat vor Kurzem völlig zu Recht davon gesprochen, dass mehr als 80 % aller

Verwaltungsdienstleistungen in den Rathäusern und in den Landratsämtern erbracht werden. Nicht im Bundeskanzleramt, nicht in der Villa Reitzenstein, nicht in irgendeinem Ministerium oder in einem unserer vier Regierungspräsidien, sondern im Rathaus der Stadt Balingen oder im Landratsamt des Zollernalbkreises genauso wie in jedem anderen der 1.101 Rathäuser und der 35 Landratsämter in Baden-Württemberg. Wenn wir deshalb ausgerechnet dort – der blanken Not geschuldet – den Eindruck erwecken würden, nicht mehr handlungsfähig zu sein, die grundlegenden Elemente der Daseinsvorsorge nicht mehr gewährleisten zu können, und stattdessen mit weiter steigenden Kreisumlagebesätzen und schmerzhaften Einschnitten auch noch anderen die Luft zum Atmen nehmen müssen, dann leidet dadurch unmittelbar auch das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und die Demokratie. Da geht es nicht mehr „nur“ ums Geld, sondern es geht in Wirklichkeit um sehr viel mehr. Das ist nämlich Wasser auf die Mühlen extremistischer Parteien. Deshalb ist da jetzt auch verantwortungsbewusstes und schnelles Handeln gefragt.

Im Gegenzug bieten wir erneut an – eben weil die Herausforderungen so groß sind –, das Land und den Bund bei den notwendigen Reformen aktiv zu unterstützen und in der Bevölkerung dafür um Akzeptanz zu werben, gerade auch, was die dringend erforderliche Sozialstaatsreform angeht. „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, ist ein Grundprinzip, das bisher noch nirgends auf der Welt funktioniert hat. Wir haben hier eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Aufgabe nehmen wir Landkreise an. Wir nehmen Sie, lieber Herr Ministerpräsident, an, weil wir uns als Teil einer Verantwortungsgemeinschaft begreifen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass unser demokratischer Rechtsstaat am Ende gestärkt aus seiner existenziellen Krise hervorgeht, und sorgen Sie mit beherzten Taten dafür, dass wir nicht durch politisches Unterlassen womöglich etwas aufs Spiel setzen, für das unsere Eltern und Großeltern völlig zu Recht leidenschaftlich gekämpft haben.

Ich will allerdings auch nicht schließen, ohne mich sehr herzlich zu bedanken. Bedanken möchte ich mich vor allem bei Ihnen, lieber Herr Ministerpräsident. Sie nehmen heute ja zum letzten Mal als Regierungschef an einer Landkreisversammlung teil. Der lange Reigen der Abschiedstournee beginnt also früh. Ich habe eingangs schon Ihre erste Landkreisversammlung 2012 in Sigmaringen erwähnt. Hermann Hesse hat in seinem Gedicht „Stufen“ die berühmten Worte formuliert: „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft zu leben.“ Möglicherweise hat Ihrem ganz persönlichen Anfang mit dem Landkreistag damals allerdings nicht gleich und sofort ein solcher Zauber innegewohnt. Sie selbst haben jedenfalls zunächst gemeint – ich will Sie wörtlich zitieren –, „ein gewisses Spannungsverhältnis mit dem Landkreistag“ zu verspüren.

Wir alle wissen aber, dass es auch so etwas wie eine Liebe auf den zweiten Blick gibt. Daher bin ich mir sicher, dass Ihnen im Laufe der Zeit deutlich geworden ist, wie gut und wie konstruktiv das Land und die Landkreise zusammenwirken – und das vor allem immer zum Wohle der Menschen. Ich

denke dabei ganz ausdrücklich nicht nur an die Bewältigung von Krisen, sondern gerade auch an das beherzte Aufgreifen von Zukunftsthemen wie etwa beim Ausbau erneuerbarer Energien oder bei Industrie- und Gewerbeansiedlungen.

Für dieses vertrauensvolle und von wechselseitiger Wertschätzung getragene Miteinander möchte ich Ihnen, lieber Herr Ministerpräsident Kretschmann, deshalb heute im Namen der gesamten Landkreisfamilie sehr herzlich danken. Sie waren und Sie sind uns ein Ministerpräsident mit einem kommunalen Herz und mit Verstand. Sie waren auch mir persönlich in vielen Situationen ein wichtiger Gesprächspartner. Es mag schon sein, dass ab und zu vielleicht auch einmal ein Knistern dabei zu verspüren war, insgesamt hat die Chemie aber definitiv gepasst. Auch das haben wir an Ihnen immer sehr zu schätzen gewusst.

Jetzt ist heute natürlich noch nicht die Stunde des Abschieds. Ein Augenblick des Dankes und der Wertschätzung soll es aber sehr wohl sein. Wir sagen Ihnen deshalb heute von Herzen vielen Dank für alles, was Sie für unser Land und natürlich auch für unsere Landkreise geleistet haben.

Aber nicht nur für Sie, lieber Herr Ministerpräsident, ist das heute die letzte amtsmäßige Landkreisversammlung, sondern auch für unseren langjährigen Präsidenten und jetzigen Ehrenpräsidenten Joachim Walter. Ich werde nachher zwar noch Gelegenheit haben, sein erfolgreiches Wirken für die Landkreise ausdrücklich zu würdigen. Gleichwohl drängt es mich aber, schon an dieser Stelle auch an ihn ein insofern erstes dickes Dankeschön zu platzieren. Was die Ära Winfried Kretschmann für Baden-Württemberg war, war nämlich die Ära Joachim Walter für die baden-württembergischen Landkreise und unseren Landkreistag.

Die Erfolge, die wir in dieser Zeit erzielt haben, das Mehr an Sichtbarkeit, das wir erlangt haben, die Augenhöhe zum Land, auf die wir stolz sind – all das ist, lieber Joachim, auf das Engste mit deinem unermüdlichen, von klaren Überzeugungen getragenen und von tiefer Fachkenntnis geprägten Engagement verbunden. Ohne dich stünden wir deshalb heute definitiv nicht da, wo wir tatsächlich stehen. Dafür gilt dir bereits vorab unser aller ganz herzlicher Dank. Ohne dich stünde auch ich selbst heute nicht hier. Dafür will ich dir an dieser Stelle auch persönlich vielen herzlichen Dank sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, „Land und Landkreise – Für eine gute Zukunft vor Ort“: Lassen Sie uns daran gemeinsam weiterarbeiten. Nicht morgen und schon gar nicht übermorgen gilt es, sondern es gilt vielmehr jetzt. An meinem persönlichen Einsatz wird es ganz bestimmt nicht fehlen.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre geduldige Aufmerksamkeit.

Wir freuen uns jetzt, lieber Herr Ministerpräsident, auf Ihre Ansprache. Ich darf Sie deshalb an das Rednerpult bitten. Sie haben das Wort und wir sind ganz Ohr.

Dr. Achim Brötzel ist Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg



ZUM VIDEO

Verantwortung teilen – Zukunft gestalten

Die kommunale Familie steht unter Druck. Das macht Ministerpräsident Kretschmann MdL in seiner Rede bei der 43. Landkreisversammlung deutlich und betont die Notwendigkeit von Reformen.

Von Winfried Kretschmann MdL · Staatsministerium Baden-Württemberg

Mark Twain hat einmal gesagt: „Wir schätzen Menschen, die offen ihre Meinung sagen, vorausgesetzt, sie meinen dasselbe wie wir.“ Ich kann nicht sagen, dass Sie, lieber Joachim Walter, und ich immer einer Meinung gewesen sind. Aber habe ich Sie deswegen weniger geschätzt? Nein. Im Gegenteil: Ich habe Sie sehr geschätzt. Und in dieser Wertschätzung Ihnen gegenüber kam zugleich großer Respekt und große Wertschätzung gegenüber der ganzen kommunalen Familie zum Ausdruck. Sie sind ein offener und ehrlicher Mensch, immer klare Worte, kein Geschwurbel, Vorschläge statt Nebelkerzen. Man konnte mit Ihnen trefflich streiten, aber auch gute Kompromisse finden, weil Sie immer an der Sache entlanggestritten haben. Sie haben für Ihre Landkreise hart gekämpft. Deswegen herzlichen Dank für das, was Sie geleistet haben, für Ihre kompetente und erfolgreiche Arbeit. Sie waren natürlich andererseits auch kein „Christkindle“. Ab und zu hat auch ein spitzer Ellenbogen nicht gefehlt. Aber das gehört dazu. Das nehmen wir beide sportlich. Also noch mal vielen herzlichen Dank, Herr Landrat Walter, für Ihre Arbeit für die Kommunen und für das Land. Jetzt wünsche ich Ihnen für Ihren Ruhestand alles Gute und Gesundheit.

Ich darf auch Ihnen, Herr Präsident Landrat Dr. Brötel, noch mal herzlich gratulieren. Ich kenne und schätze Sie seit vielen Jahren. Sie haben im Neckar-Odenwald-Kreis und seit einem Jahr als Präsident des Deutschen Landkreistags gute Arbeit geleistet. Ihre Sachkunde habe ich immer sehr geschätzt ebenso wie Ihre Fähigkeit, immer an der Sache entlang zu diskutieren, aber auch positive Dinge hervorzuheben. Ich bin sicher, das werden Sie jetzt auch als Präsident machen. Ich wünsche Ihnen dafür eine glückliche Hand und, religiös gesagt, Gottes reichen Segen. Machen Sie es wirklich gut, wie Ihre Vorgänger das auch gut gemacht haben.

Das ist meine letzte Rede vor dem Landkreistag, aber keine Abschiedsrede. Dazu ist die Lage zu ernst. Die Lage ist wirklich ernst.

Das kann man nicht mehr bestreiten und das ist keine Schwarzmalerei. Sie ist deswegen besonders ernst, weil die finanzielle Lage der Kommunen so ist, wie sie ist. Jetzt gehört es natürlich zur Liturgie dieser Landkreisversammlung – dazu sage ich am Schluss noch etwas –, immer die finanzielle Lage in ihrer ganzen Dramatik darzustellen. Das war noch nie anders, aber diesmal stimmt es wirklich.

Ich will Ihnen sagen: Ihre Schilderung bestreite ich in keiner Weise. Die Lage der Kommunen ist dramatisch. Das ist auch der Grund, warum ich keine Abschiedsrede halten

kann und warum ich diese Legislatur, also diese letzte Etappe meiner Amtszeit, nicht einfach auslaufen lassen kann. Die Vorsitzenden der Regierungsfractionen sitzen ja hier. Wir haben wirklich harte Wochen vor uns, um das alles zu verhandeln. Das wird kein Zuckerschlecken.

Die Liturgie ist mir schon klar: Hier wird alles vorgetragen, und dann erwartet man, dass der Ministerpräsident sozusagen in den öffentlichen Verhandlungsmodus tritt. Das allerdings werde ich nicht tun. Das habe ich noch nie getan. Das geht natürlich nicht. Dazu haben wir die entsprechenden Organe in der Gemeinsamen Finanzkommission. Aber ich anerkenne die dramatische finanzielle Lage der Kommunen.

Ich war vor Kurzem im Nationalpark Schwarzwald. Dort ist ein Bärtierchen nach mir benannt worden. Bärtierchen sind Alleskönner. Die können im Wasser überleben, auch bei Temperaturen zwischen 100 und minus 200 Grad – und selbst im Weltraum. Weil sie alles können, kümmert man sich wenig um sie.

So ähnlich, habe ich gehört, fühlen sich die Kommunen. Sie können alles, und man kümmert sich zu wenig um sie. Wenn ich die Reden aus 15 Jahren jetzt zusammenfasse, habe ich den Eindruck: Eigentlich braucht es weder Land noch Bund; das könnten die alles viel besser, wenn sie alles selber machen könnten. Das ist so der Sound.

Die Kommunen hatten ein noch nie dagewesenes Rekorddefizit von fast 25 Milliarden Euro im letzten Jahr und ein weiter steigendes Defizit in diesem Jahr.

Selbst bei uns in Baden-Württemberg ist es schlimm. Ich rede hier von echten Liquiditätsproblemen.

Fast 90 Prozent unserer Landkreise können in diesem Jahr ihre Aufwendungen nicht mehr durch laufende Erträge decken. Hinzu kommt der hohe Schuldenstand, in diesem Jahr noch mal 25 Prozent höher als 2024. Die Folge sind steigende Kreisumlagen bei eh schon klammen Kommunen. Das ist ein Teufelskreis, und das ist überall in Deutschland so.

Darauf zu reagieren, gibt es drei Möglichkeiten: die Einnahmen erhöhen, die Ausgaben reduzieren oder beides gleichzeitig angehen. Aus meiner Sicht hilft nur der dritte Weg, denn nur auf ihm können die Kommunen ihre Handlungsfähigkeit dauerhaft zurückgewinnen, also Haushalte konsolidieren und Investitionen ermöglichen. Deswegen ist es so entscheidend, beides zu tun: die Einnahmen verstetigen und erhöhen und die Aufgaben und Ausgaben reduzieren. Ich gebe Ihnen recht: Es ist entscheidend, dass wir das jetzt tun. Aber bitte nicht durch immer neue Pakete und Pro-



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag
Baden-Württemberg

gramme durch den Bund. Die schaffen Abhängigkeit, erzeugen Bürokratie und sind in der Regel zeitlich begrenzt. Das erleben wir immer.

Zu den Bundesratsinitiativen: Ich kann mich jetzt spontan an keine einzige erinnern, die erfolgreich war. Aber es waren vielleicht drei, vier in meiner Amtszeit. Also das können Sie, sage ich mal salopp, knicken. Denn der Bund kann jede Initiative einfach liegen lassen. Und das macht er in der Regel auch. Während wir im Bundesrat jede Bundestagsinitiative selbstverständlich behandeln müssen, muss der Bund unsere Initiativen nicht behandeln. Es wäre vielleicht eine gute Idee für eine Staatsreform, das zu ändern, damit sich der Bundestag zumindest mal damit befassen muss, wenn wir etwas in den Bundestag einbringen. Dann kann ich Ihrer Idee nähertreten. Aber so sind das in der Regel nur Dinge für das Schaufenster. Dazu neige ich nicht.

Die neue Bundesregierung versucht jetzt, zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum und höheren Einnahmen zu kommen. Sofern sie Maßnahmen ergreift, die diesem Ziel dienen, unterstützen wir das als Landesregierung, obwohl das alles natürlich erhebliche Einnahmeausfälle nach sich zieht. Das haben wir gemacht. Das ist der richtige Weg. Und deshalb unterstützen wir ihn.

Allerdings muss ich sagen: Das ist bisher erst in Ansätzen und nicht überall erkennbar. Dazu gehören auch Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Innovation. Aber viel sehe ich nicht, das dem dient.

Jetzt haben wir die Schuldenbremse drastisch gelockert, einerseits für die Verteidigungsausgaben. Es war von vornherein Konsens – darüber brauchen wir gar nicht zu reden –, dass das erkennbar absolute Priorität hat. Aber auch bei den sonstigen Schuldenregeln, die jetzt zunächst einmal temporär auf zwölf Jahre mit 100 Milliarden Euro geöffnet wurden, war das am Schluss, glaube ich, unumgänglich.

Aber in Parenthese darf ich sagen: Die Ampel ist an vielen Dingen gescheitert, aber auch, weil sie so etwas nicht hatte. Was wäre jetzt mit dieser Bundesregierung, wenn wir dem nicht zugestimmt hätten? Da möchte ich mal wissen,

wie die gestartet wäre. Ich glaube, darüber sollte man schon noch nachdenken.

Allerdings muss man sehen: Das führt jetzt zu einer richtigen Schuldenorgie. Wir müssen leider feststellen, dass da Dinge, die notwendigerweise in den Kernhaushalt gehören, wie konsumtive Ausgaben, über Schulden finanziert werden. Das wird jetzt nicht von der Opposition, sondern vom Bundesrechnungshof festgestellt. Das kann nicht der richtige Weg sein. Von „Zusätzlichkeit“ merke ich auch nicht viel, obwohl diese klar vereinbart ist.

Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als könnten wir jetzt beliebig in eine Schuldenorgie gehen. Wozu das führt, sehen Sie in Frankreich. Zum Schluss müssen Sie dann so rabiante Vorschläge machen, dass Sie den Zuspruch der Bevölkerung verlieren. Das können wir im Nachbarland beobachten. Also auch da heißt es: Alles mit Maß und Mitte.

Aber wenn es den Investitionen dient, ist das natürlich richtig. Denn wir wissen ja, dass da sehr vieles im Argen liegt.

Herr Präsident Landrat Dr. Brötel, Sie haben schon vor der Wahl sehr klar gesagt: Der Anteil der Kreise und Kommunen an der Umsatzsteuer muss deutlich erhöht werden. Darüber werden wir reden und verhandeln. Aber jetzt schauen Sie sich mal die Haushaltslage des Bundes und unsere Haushaltslage im Land an. Da wissen wir:

Das werden sehr harte Verhandlungen. Da müssen wir uns alle gemeinsam dafür einsetzen, um das hinzubekommen, weil die Ausgaben aus dem Ruder laufen. Sie haben die wichtigen Bereiche genannt, z. B. Sozialausgaben, Krankenhäuser. Aber das sind alles Verantwortlichkeiten des Bundes.

Wir haben – das haben Sie ja freundlicherweise gesagt –, unsere Hausaufgaben bei den Krankenhäusern weitgehend gemacht im Rahmen unserer Möglichkeiten, da, wo wir zuständig sind, nämlich für die Investitionen. Wir sind den Kommunen mit großen Summen beigesprungen, zuletzt im letzten Jahr mit unserem 580-Millionen-Euro-Sofortprogramm. Wir haben die Nettoleistungen an die Kommunen, trotz schwieriger Haushaltslage, von 14,7 Milliarden Euro im letzten Jahr auf je 16,7 Milliarden Euro in diesem und im

„Obwohl wir in Baden-Württemberg unsere Kommunen so gut ausstatten, wie es wenige andere Länder tun, sind selbst unsere Kommunen in Bedrängnis. Da mussten doch die Alarmsirenen losgehen. Ich glaube, das haben die in Berlin allmählich begriffen. Aber wir müssen jetzt konkret dafür sorgen, dass da auch wirklich in den Verhandlungen etwas passiert.“

nächsten Jahr erhöht. Wir haben weitere 150 Millionen Euro für die Krankenhäuser zur Verfügung gestellt. Wir haben Zuweisungen aus dem FAG in Milliardenhöhe vorgezogen und, obwohl die Abrechnung der Vorjahre noch aussteht, die BTHG-Abschlagszahlung erhöht und frühzeitig ausbezahlt. Diese Liquiditätssicherung werden wir im nächsten Jahr fortsetzen. Allein für den Ausbau der Ganztagsbetreuung stellen wir bis 2029 über 861 Millionen Euro bereit.

Jetzt haben Sie gesagt, dass wir solchen Dingen im Bundesrat relativ locker zustimmen. Das ist nicht der Fall gewesen, Herr Präsident Landrat Dr. Brötel. Ich habe gegen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bis zum Schluss gekämpft, und zum Schluss war ich der Einzige. Jetzt glauben Sie doch nicht, dass ausgerechnet ich – als einziger grüner Ministerpräsident – dem hätte nicht zustimmen können. Da wäre ich doch geteert und gefedert worden.

Es ist immer dasselbe Muster: Da sind zunächst einmal Dinge, die ihren Sachgrund haben – wie z. B. die Ganztagsbetreuung. Wir brauchen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber man muss daraus nicht einen Rechtsanspruch machen, wenn man gar nicht in der Lage ist, diesen auch finanziell zu unterlegen! Das macht man nicht, wenn es auch noch so gut gemeint ist.

Jetzt will ich noch etwas zur wirtschaftlichen Lage sagen. Wir müssen doch akzeptieren: Entscheidend dafür, dass wir in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation sind, sind Außenfaktoren. Bis zum Ukraine-Krieg hatten wir ständig Wachstumsraten, selbst nach der Corona-Krise. Jetzt haben wir den Ukraine-Krieg: Schluss mit billigem russischem Gas.

Dann haben wir in China eine Situation, deren Auswirkungen wir in der Automobilindustrie sehen. Der dortige Absatzmarkt ist faktisch zusammengebrochen.

Das verbindet sich jetzt nicht nur mit dem technologischen Fortschritt in China, sodass die inzwischen mit uns auf Augenhöhe in vielen Bereichen sind. Sondern auch mit einem zunehmenden Nationalismus. Wenn Chinesen im eigenen Land schräg angeguckt werden, weil Sie ein europäisches Auto kaufen, dann wissen Sie: Da ist der Käs' gegessen. Dann kommen noch die Zölle von Trump obendrauf.

Das sind alles Außenfaktoren, die zu unserer schwierigen wirtschaftlichen Lage führen. Und man darf jetzt nicht denken, es gäbe jetzt die eine durchschlagende Maßnahme, mit der wir da rauskämen. Meine Damen und Herren, das wird nicht der Fall sein. Wir müssen uns da auf eine längere Durststrecke einstellen, sonst machen wir uns etwas vor.

Natürlich schauen wir da nicht einfach zu. Wir mobilisieren alle Kräfte, die wir haben, und alle Maßnahmen, die notwendig sind, um dem entgegenzuwirken. Aber zunächst einmal ist das eine mordsmäßige Delle für unsere Wirtschaft, die bekanntlich exportorientiert ist. Jetzt kommt dieser Export gnadenlos unter Beschuss – und dazu noch der Ukraine-Krieg. Da müssen wir gigantische Aufwendungen machen – zunächst mit Schulden, aber auf Dauer wird es nur mit Schulden nicht gehen. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Natürlich haben wir selber auch Fehler gemacht. Eine große Modernisierungsagenda gab es im Bund seit der Agenda 2010 nicht mehr. Vieles blieb liegen, beispielsweise bei der Digitalisierung oder der Infrastruktur – auch dringend notwendige Reformen. Da muss jetzt die neue Bundesregierung eine mutige Reformagenda aufsetzen.

Aber bringt uns jetzt eine Mütterrente aus der Krise oder eine Pendlerpauschale? Bei der Gastroststeuer oder beim Agrardiesel kann man immerhin sagen: Das hilft bedrängten Branchen. Aber das andere sind wiederum sozialpolitische Aufsetzer, bei denen ich nicht erkennen kann, dass sie dazu dienen, dass wir aus dem Tal herauskommen. Wie man bei der derzeitigen Lage der Rentenkassen jetzt noch zusätzlich so nebenbei eine Mütterrente bezahlen kann, ist mir echt schleierhaft. Aber das müssen die verantworten, die das machen.

Nur: Wir als Länder und Kommunen sind bei vielen Dingen dann am Ende mit von der Partie und müssen das mittragen. Das muss einfach jeder wissen.

Bei den neuen Dingen, die gemacht wurden – Präsident Jäger kann das sicher bestätigen –, habe ich nur eines gemacht: mich absolut auf die Kommunen konzentriert und in den Verhandlungen die Eigeninteressen des Landes weit hintangestellt und mich fast ausschließlich für die Kommunen eingesetzt. Das kann jeder bestätigen. Das ist mit Erfolg gemacht worden.

Das, was zukünftig gemacht wird, wird, was Sie betrifft, zu fast 100 Prozent erfüllt. Es hilft aber nur für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit.

Ich glaube, Sie haben da konkret sehen können, dass das nicht nur Sprüche von mir sind, sondern dass ich mich, wenn es darauf ankam, für die Kommunen eingesetzt habe. Es hat auch gewirkt, in der MPK dem frisch gekürten Kanzler zu sagen: Obwohl wir in Baden-Württemberg unsere Kommunen so gut ausstatten, wie es wenige andere Länder tun, sind selbst unsere Kommunen in Bedrängnis. Da mussten doch die Alarmsirenen losgehen. Ich glaube, das haben die

in Berlin allmählich begriffen. Aber wir müssen jetzt konkret dafür sorgen, dass da auch wirklich in den Verhandlungen etwas passiert.

Wir haben jetzt im Koalitionsvertrag der Bundesregierung den Begriff der Veranlassungskonnexität. Ich muss allerdings sagen: Der Kanzler hat in der MPK eine solche Veranlassungskonnexität, was Steuergesetze betrifft, strikt abgelehnt. Aber zumindest bei „Leistungsgesetzen“ – so war seine Formulierung – hat er sich darauf eingelassen. Darauf müssen wir bestehen.

Wo können wir selber etwas machen? Ich habe schon gesagt: Wir haben Außenfaktoren. Gegen diese können wir aktuell nicht sehr viel machen, mittelfristig dagegen schon.

Was wir selber machen können, ist in der Tat eine Staatsreform. Der Leitfaden für solch eine Staatsreform ist vorhanden. Das ist der Abschlussbericht der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“. Ich war im Juli beim Bundespräsidenten, als der Text vorgestellt wurde. Wir müssen nun dieses Momentum nutzen im Kreise der Länder gemeinsam mit dem Bund.

Wir werden jetzt eine föderale Modernisierungsagenda vorlegen. Wir müssen dabei in der Lage sein, alte Muster infrage zu stellen und auch schmerzhaft Entscheidungen zu treffen. Wir brauchen ernsthafte Reformen und eine radikale Vereinfachung des gesamten Verwaltungshandelns. Ich habe jetzt gelernt, dass „Bürokratieabbau“ kein sehr günstiger Begriff ist, weil da alle denken: Es gibt dann am Ende keine Bürokratie mehr. Das wird natürlich nicht so sein, sondern wir müssen radikal vereinfachen. Das ist das Gebot der Stunde.

Das brauchen wir nicht nur, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Wir müssen es auch machen – ich sage es etwas pathetisch, der Begriff stammt von Alexis de Tocqueville –, damit die Menschen „den Geschmack an der Freiheit“ nicht verlieren. Ich stelle fest – und darum bin ich gern Ministerpräsident in diesem Land Baden-Württemberg –, wie viele Ehrenamtliche wir haben. Ich war jetzt beim Kameradschaftsabend in Riedlingen, wo das schwere Zugunglück war. Ich war tief beeindruckt, wie viele ehrenamtliche Helfer sofort da sind. Jeder weiß – da muss ich ein großes Lob an meine Landkreise sagen –, was er tun muss. Da bin ich immer absolut stolz auf die Landrätinnen und Landräte, wie da sofort ein Lagezentrum steht, wie das funktioniert, wie eins ins andere greift. Chapeau! Besser kann man es nicht machen. An solchen Situationen sieht man, dass wir im Gegensatz zu dem, was die Rechtspopulisten dauernd den Leuten sagen, ein wohlgeordnetes Gemeinwesen sind, das in solchen Situationen hervorragend funktioniert. Darüber kann man nur glücklich und froh sein. Dank an Sie, dass Sie das jedes Mal so hinbekommen!

Diese Menschen, die sich überall so engagieren, entmutigen wir, wenn sie sich durch ein Gestrüpp von Bürokratie durcharbeiten müssen, bis sie zu dem kommen, wofür sie sich einsetzen wollen. Deswegen ist das in zweifacher Hinsicht so wichtig: erstens damit wir unsere globale Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren und zweitens damit wir die Menschen nicht demotivieren im Haupt- und Ehrenamt, die

all diese filigranen Vorschriften nicht mehr erledigen können. Wir haben einfach nicht mehr das Personal, das zu bewältigen. Deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir da jetzt vorankommen.

Wir haben in der Entlastungsallianz gemeinsam gezeigt, dass wir das ernsthaft betreiben. Wir haben über 300 entlastende Lösungen entwickelt, darunter das vereinfachte Vergabeverfahren, die Genehmigungsfiktion, die zentrale Bearbeitung von Abschiebehaftanträgen, das Regelungsbefreiungsgesetz.

Man sieht, da sind schon wirklich dicke Punkte dabei. Damit wollen wir Ihnen die Gelegenheit geben, neue Formate der Aufgabenerledigung zu erproben, wie es für Sie vor Ort am besten passt, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und – was Sie sehr hervorgehoben haben, Herr Präsident – auch das Vertrauen. Das ist ein Akt des Vertrauens. Man nimmt Abstand vom eigenen Regelungsgehalt und sagt: Ihr habt jetzt die Möglichkeit, selber zu entscheiden, ob diese Regel von euch angewendet werden soll oder nicht. Dieser Mut darf wirklich noch größer werden. Aber an mir – das will ich Ihnen sagen – hat das in der Regel überhaupt nicht gelegen. Ich habe das Vertrauen in unsere Kommunen und Kreise, dass sie das verantwortungsvoll machen. Wir sollten nicht vergessen: Jeder Oberbürgermeister, jeder Bürgermeister, jeder Landrat hat ja schließlich auch einen Kreistag und einen Gemeinderat. Er kann nicht machen, was er will, sondern Kreistag und Gemeinderat haben immer das letzte Wort in den kommunalen Fragen. Also, auch das ist demokratisch kontrolliert. Insofern dürfen wir von Landes- und erst recht von Bundesebene aus auch den Mut haben, kräftig nach dem Subsidiaritätsprinzip zu delegieren. Wir haben angefangen und ich bin sicher, meine Nachfolger werden das auch so handhaben.

Jetzt kommen noch die Radkoordinatoren. Daran sieht man die Liturgie einer solchen Landkreisversammlung. Niemand war sich dessen bewusst, dass die Radkoordinatoren offenbar so furchtbar sind. Nachdem Sie, Herr Landrat Walter, diese bei der letzten Landkreisversammlung kritisiert hatten, habe ich etwas unvorsichtig erwidert: „Wenn ihr das alle nicht wollt, dann machen wir es halt nicht.“ Das ist nun gewiss nicht die wichtigste Frage der Landespolitik. Aber man glaubt gar nicht, wie mir das in der Nachfolge dieses Termins zugesetzt hat. 24 von 35 Landkreisen wollen die Radkoordinatoren mittlerweile doch. Was soll ich jetzt dazu sagen?

Lieber Herr Präsident Landrat Dr. Brötel, wir sehen, die Menschen in Deutschland wollen Reformen, aber immer nur im Allgemeinen. Wenn es konkret wird, ist das schnell anders. Ich sehe noch nicht, dass der Ruck durch Deutschland geht, den wir brauchen.

Deutschland hat die geringste Jahresarbeitszeit aller Industrienationen. Deshalb sage ich: Wir müssen mehr arbeiten. Dabei nehme ich diejenigen, die Kinder erziehen oder Alte pflegen müssen, aus. Ich meine die, die tatsächlich mehr arbeiten könnten.

Aber die Post, die ich dazu bekomme, sieht so aus: 10 Prozent finden es gut und 90 Prozent nicht. Und jeder hat seine Gründe.



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski /
Landkreistag Baden-Württemberg

Dann müssen wir angesichts der demografischen Entwicklung auch das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung anpassen. Daran wird kein Weg vorbeiführen. Aber die Mehrheit ist der Ansicht, man müsse nicht mehr arbeiten.

Dann kommen die ganz Schlaunen und sagen: Nicht mehr arbeiten, sondern smarter, pfiffiger, intelligenter arbeiten. Ich habe zu einem von denen gesagt: „1:0 für dich.“ Das stimmt natürlich immer. Das Problem ist: Die Chinesen arbeiten pfiffiger und mehr. Das muss man einfach sehen. Das sind Tatsachen im internationalen Wettbewerb. Jeder kann da andere Vorschläge machen. Darum geht es gar nicht. Es geht darum, dass wir deutlich machen müssen: Es muss ein Ruck durch diese Gesellschaft gehen – an verschiedenen Stellen. Sonst kommen wir aus der Krise nicht heraus. Das muss ich noch mal so deutlich sagen.

Ich nehme nochmals die Krankenhäuser. 73 Prozent der Krankenhäuser im Land arbeiten zurzeit defizitär. Mit der Krankenhausreform soll jetzt einiges besser geregelt werden, verbunden allerdings mit der unzureichenden Berücksichtigung der höheren Löhne in Baden-Württemberg, einer zu geringen Unterstützung der sektorenübergreifenden Versorgung, einer mangelnden Berücksichtigung der bereits fortgeschrittenen Strukturbereinigung bei uns – wir können doch nicht dafür bestraft werden, dass andere das nicht gemacht haben und wir da vorangegangen sind – und eines inakzeptablen Eingriffs in die Planungshoheit der Länder. Da muss nun etwas kommen.

An dem Beispiel der Sozialausgaben muss man auch sehen: Vieles an Bürokratie und an finanziellen Problemen kommt doch daher, dass wir bisher immer ein Maximum an Einzelfallgerechtigkeit gemacht haben. Dieser Wunsch nach Einzelfallgerechtigkeit und Haftung ist eine beständige Quelle der Bürokratie. Wenn wir an diese nicht gehen, werden wir scheitern. Wir müssen das aber auch der Bevölkerung sagen.

Jetzt haben wir eine Genehmigungsfiktion im Baurecht gemacht. Wenn das zum ersten Mal stattfindet, dass jemand

nach einer Genehmigungsfiktion baut und da irgendetwas passiert, dann möchte ich mal wissen, was da los ist.

Dann werden alle sagen: Wie konntet ihr das machen? Wie konntet ihr zulassen, dass nicht alles klar ist, was man machen muss? Darauf müssen wir uns dann auch einstellen.

Ich sage das deswegen, weil das eine Auseinandersetzung mit unserer Bevölkerung bedeutet. Wir müssen da ins Gespräch, in den Dialog und auch in den Streit gehen. Diesen Mut müssen wir aufbringen. Das ist natürlich im kommenden Wahlkampf nicht ganz einfach. Aber wenn es da nicht gelingt, dann vielleicht hinterher.

Es gibt jetzt noch den Wunsch nach der Altschuldentilgung von Kommunen. Ich finde, wir in Baden-Württemberg können doch nicht dafür bestraft werden, dass wir unsere Kommunen besser ausgestattet haben als andere. Ich weiß noch, wie ich mich mit der geschätzten Kollegin Malu Dreyer in der Wolle hatte, weil sie in Rheinland-Pfalz keine Kindergartengebühren erhoben haben, und wir uns das nicht leisten können, weil wir unsere Kommunen entsprechend ausstatten. Ich meine, so etwas geht einfach nicht. Ich kann da nicht zustimmen.

Jetzt steht im Koalitionsvertrag dazu: „Der Bund beteiligt sich über die betroffenen Länder mit jährlich 250 Millionen Euro an der kommunalen Altschuldentilgung, entlastet aber gleichzeitig die Geberländer mit 400 Millionen Euro pro Jahr.“ Das ist nun ein ordentlicher Kompromiss. Mal sehen, ob es dazu kommt. Aber unterhalb davon werde ich das einfach nicht machen.

Zur Migration will ich nur Folgendes sagen: Man sieht, dass die Maßnahmen, die wir gemeinsam auf der Ministerpräsidentenkonferenz vor einem Jahr beschlossen haben, richtig zu greifen anfangen und Erfolg haben. Ich denke, es ist wichtig, die irreguläre Migration zu beschränken. Was heißt das? Das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention gelten für Menschen, die politisch verfolgt sind, auch im Zusammenhang mit Kriegen. Aber sie sind nicht dafür gedacht, dass Leute ihrer Perspektivlosigkeit entkommen wol-

len – auch wenn es natürlich verständlich ist, dass sie das wollen. Begrenzung der irregulären Migration bedeutet nicht: Aufgabe unserer humanitären Selbstverpflichtung, denen Schutz zu gewähren, die diesen Schutz benötigen. Da müssen wir uns nicht verstecken: Baden-Württemberg hat mehr als doppelt so viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen wie ganz Frankreich zusammen.

Es geht nicht darum, das Asylrecht zu schleifen, sondern es geht darum, zu erreichen, dass wieder die zu uns kommen, die wirklich verfolgt werden. Für diejenigen, die aus anderen Gründen kommen, ist das Asylrecht nicht gemacht. Wenn man die irreguläre Migration nicht stoppt, dann wird das ganze Asylrecht zusammenkrachen unter der Belastung. Das sehen wir in vielen Ländern. Das kann nicht unser Interesse sein.

Ich will noch mal deutlich sagen: Das mache ich nicht, weil ich meine humanitären Ziele aufgegeben habe, sondern um sie zu bewahren. Deswegen habe ich diesen Kurs sehr früh mitverfolgt, auch wenn das nicht allen in meiner Partei gefallen hat.

Das Zweite: Die reguläre Migration, die Arbeitsmigration müssen wir verflüssigen über die legalen Wege. Das haben wir, glaube ich, auch gut gemacht. Wir haben die Kommunen entlastet und mit der Landesagentur für Zuwanderung dafür gesorgt, dass das schnell und unbürokratisch geschieht. Das ist uns wichtig.

Wir merken jetzt in der Krise die dramatische Abhängigkeit von China, die uns sozusagen alles verhagelt. Deswegen müssen wir uns nach anderen Märkten umschauen. Ich habe sehr früh Delegationsreisen nach Indien gemacht. Ich muss allerdings sagen: Ich hatte Mühe, da überhaupt eine Delegation zusammenzubekommen. Das war ganz zu Beginn meiner Amtszeit, als alle auf China fixiert waren. Indien hat enorme Wachstumsraten, die entbürokratisieren, modernisieren die Infrastruktur. Darum ist es wichtig, dort präsent zu sein – auch, wenn es um indische Fachkräfte für unseren Arbeitsmarkt geht.

Lieber Herr Präsident Landrat Dr. Brötel, Sie haben jetzt eine große Agenda aufgelistet. Diese nehmen wir sehr ernst und werden darüber verhandeln. Sicher werden wir noch in diesem Jahr aktiv werden müssen. Wie das genau aussehen wird, werden wir dann sehen. Aber wir müssen jetzt in diesen Verhandlungsprozess eintreten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas aus meiner Sicht zur Liturgie des Landkreisversammlung sagen. Nach der ersten Landkreisversammlung, an der ich teilgenommen habe – noch unter Präsident Jahn, wenn ich mich recht erinnere –, war ich echt geschockt. Ich dachte:

Diese schwarzen Brüder wollen es jetzt mal so einem Greenhorn wie mir zeigen, wo der Barthel den Most holt. Dann habe ich mich erkundigt, und meine Vorgänger haben mir dann freundlicherweise gesagt: Das war bei uns auch so. Da war ich erleichtert, dass das einfach zur Liturgie gehört.

Wir wollen uns ja alle reformieren. Nun sollten wir alle darüber nachdenken, ob das die richtige Liturgie ist, öffentlich kräftig aufs Blech zu hauen, damit der richtige Sound für die Verhandlungen entsteht. Wenn man das so hört, denkt

man: Baden-Württemberg ist für die Kommunen und Kreise der Vorhof zur Hölle. Das, meine Damen und Herren, ist mitnichten so. Und auch die Vorstellung „Die sind alle weit weg und abgehoben; wenn sie doch nur auf uns hören würden, dann wäre die Welt in Ordnung“, scheint mir auch ein bisschen einfach zu sein.

Ich habe am Anfang meiner Amtszeit immer gesagt: Der Ministerpräsident muss das richtige vom falschen Jammern unterscheiden können. Gott sei Dank habe ich diese Einstellung beibehalten, denn jetzt haben Sie zu Recht gejammert.

Ganz zum Schluss will ich sagen: Die Wertschätzung war immer gegenseitig. Neben dieser Liturgie war die Wertschätzung immer ernsthaft. Unsere Landkreise sind gut aufgestellt. Und das gilt auch für jeden einzelnen Landrat. Da herrscht große Kompetenz vor, da herrscht Sachorientierung vor und da herrscht die Haltung vor: Wir haben – das ist unser aller Aufgabe – diesem Land zu dienen. Das wollen wir gemeinsam tun.

Insofern wünsche ich Ihnen eine gute Zeit. Jetzt müssen wir noch hart verhandeln. Und seien Sie zu meinem Nachfolger so nett wie zu mir.

Vielen Dank.

Winfried Kretschmann MdL ist Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

DER LANDKREISTAG BADEN-WÜRTTEMBERG WAR UND IST MIT PRÄGENDEN LANDRATSPERSÖNLICHKEITEN IM DLT VERTRETEN

Großer Dank an Joachim Walter



ZUM VIDEO

In seinem Grußwort ging Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags, auf die traditionell gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Landkreistag und dem Landkreistag Baden-Württemberg ein und würdigte insbesondere die Verdienste von Landrat Walter, der von 2014 – 2024 auch Vizepräsident des Deutschen Landkreistags war, für die Landkreise.

Von Prof. Dr. Hans-Günter Henneke · Deutscher Landkreistag

Herr Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Es gibt mehrere Anlässe, weshalb ich mich freue, hier dabei sein zu dürfen.

Den einen hat Dr. Brötzel gerade genannt. Das ist die Verabschiedung von Joachim Walter.

Der zweite Anlass: Ich darf dem Präsidenten des Deutschen Landkreistags sehr herzlich dazu gratulieren, dass er zum Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt worden ist. Das gab es in der Geschichte des Deutschen Landkreistags erst zweimal. Alle Präsidenten des Deutschen Landkreistags waren – mit zwei Ausnahmen – zuvor Präsidenten ihres Landkreistags. Bei Ihnen war das noch nie so. Es gab zwei baden-württembergische Landkreistagspräsidenten, die das erst geworden sind, nachdem sie bereits Präsident des Deutschen Landkreistags waren. Gustav Seebich ist 1952 Präsident des Deutschen Landkreistags geworden. Der Landkreistag Baden-Württemberg ist viel später gegründet worden. Also fiel ihm das Amt des Landkreistagspräsidenten in Baden-Württemberg zu, weil er auf der DLT-Ebene schon agierte. Genauso ist es jetzt mit Achim Brötzel, der einen Tag nach seinem vorletzten Geburtstag zum Präsidenten des Deutschen Landkreistags gewählt wurde und nun in dieses Amt hier einkehrt.

Wenn jetzt gesagt wurde – diese Bemerkung erlauben Sie mir –, Joachim Walter sei der mit Abstand der dienstlängste Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, dann darf ich sagen: Achim Brötzel ist bereits der siebte Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, den ich im DLT erlebe. Als ich gewählt worden bin, war Emil Schill Präsident. Danach kam Robert Maus, dann kam Edgar Wais, gefolgt von Jürgen Schütz, gefolgt von Helmut Jahn, gefolgt von Joachim Walter und jetzt gefolgt von Achim Brötzel.

Die Kontinuität im Landkreistag Baden-Württemberg ist verkörpert worden durch die Geschäftsführer. Geschäftsführer gab es in der Zeit, die ich erleben durfte, nur zwei. Der eine war Eberhard Trumpp, der mit mir zusammen 1993 angefangen hat, und der zweite ist Alexis von Komorowski. Insofern freue ich mich in besonderer Weise, dass nicht nur Altpäsidenten hier sind, sondern dass auch Eberhard Trumpp hier ist, auf dessen Loyalität sich der Deutsche Landkreistag in den vielen Jahren seiner Geschäftsführung immer verlassen konnte, wofür ich mich auch hier noch einmal sehr herzlich bedanken möchte.

Herr Ministerpräsident, Sie haben unsere gemeinsame Tätigkeit in der Föderalismuskommission angesprochen. Wir haben auch sonst manches gemeinsam. Insofern habe ich beim Zuhören der inhaltlich doch relativ harten Rede

von Achim Brötel – ich will jetzt für den DLT nicht noch mehr hinzufügen, wir teilen das aber, denn zwischen uns passt insoweit kein Blatt – gedacht: ich will noch ein paar Punkte zu Ihnen sagen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben als einziger Ministerpräsident in Ihrer langen Amtszeit Grundprinzipien des Föderalismus in einzigartiger Weise immer wieder verteidigt. Sie haben in der Zeit, als wir gemeinsame Kommissionsarbeit geleistet haben, mit dazu beigetragen, dass es das Aufgabendurchgriffsverbot auf die Kommunen gegeben hat. Da waren Sie noch Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg und Vertreter der Grünen für die deutschen Landtage. Sie haben auch daran mitgewirkt, dass die Schuldenbremse so geregelt worden ist, wie sie 2009 geregelt worden ist. Es war der damalige Bundestagsabgeordnete Fritz Kuhn, späterer Oberbürgermeister von Stuttgart, der im Deutschen Bundestag die Frage aufgeworfen hat: Ist mit dieser Schuldenbremse jetzt auch gesichert, dass es keinen Durchgriff und kein Wegdrücken von Lasten mehr auf die Kommunen gibt? Ihr früherer Kollege Wolfgang Böhmer aus Sachsen-Anhalt hat das in der Debatte eindeutig bejaht, weil das damals so sein sollte.

Wir hatten 2004 Mehrbelastungsausgleichsregelungen in allen Ländern, und das war 2004 der Grund dafür, dass man dann gesagt hat: Dann machen wir das Aufgabendurchgriffsverbot, und es greift dann die Mehrbelastungsausgleichspflicht der Länder. Das war die Idee, weshalb man gesagt hat: Im Grunde kann auch den Kommunen mit der Schuldenbremse nichts passieren, weil diese Regelung, die schon seit 2004 überall gilt, greift. Darauf haben wir uns damals verlassen, sind aber insoweit heute oft verlassen.

Herr Ministerpräsident, ich habe auch sehr intensiv wahrgenommen, wie Sie sich im Bundesrat immer wieder geäußert haben zu grundlegenden föderalstaatlichen Fragen. Sie sind es gewesen, der bei der Corona-Gesetzgebung gesagt hat: Das kann so nicht sein. Sie haben das, was ich „Wilde 13“ genannt habe, nämlich die Reform 2017 des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab 2020, heftig kritisiert im Bundesrat. Trotzdem ist sie so gekommen. Sie haben im Bundesrat auch vor wenigen Wochen einen markanten Satz gesagt. Als alle Welt die Kommunalentlastung durch den Investitions-Booster gefeiert hat, haben Sie das nüchtern mit dem Satz kommentiert: „Es wird nur nicht noch schlimmer.“ Genau so ist es!

Insofern würde ich Ihren Satz auf die lange Aufzählung von Achim Brötel zusammenfassen in dem Satz, den Sie hier gesagt haben: „Ich sehe noch nicht, dass der Ruck durch Deutschland geht, den wir brauchen.“ Das befürchte ich auch. Dass die Zeit eigentlich reif ist für einen Politikwechsel, haben wir im Deutschen Landkreistag – Achim Brötel und die anderen – im letzten Herbst fest angenommen. Als die Ampel gescheitert war, haben wir geglaubt: Es ist Zeit für Reformen und die Bevölkerung ist auch dazu bereit. Deshalb würde ich den Gesamtbeitrag von Achim Brötel unter die Überschrift setzen: „Wir leisten uns zu viel.“ Wir leisten uns zu viel im öffentlichen Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland. Der Ministerpräsident hat das betont mit der

„Ich sehe noch nicht, dass der Ruck durch Deutschland geht, den wir brauchen.“ [...] Wir leisten uns zu viel. Wir leisten uns zu viel im öffentlichen Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland. [...] Das ist unser Kernproblem. Wenn wir aber nicht bereit sind, diesen Ruck zu erzeugen, dann wird es schwierig.“

Frage Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung usw. Das ist unser Kernproblem. Wenn wir aber nicht bereit sind, diesen Ruck zu erzeugen, dann wird es schwierig.

Wir haben als Deutscher Landkreistag im letzten November nach dem Scheitern der Ampel beschlossen: Wir schlagen ein Paket zur Fokussierung steuerfinanzierter Sozialleistungen vor. Dazu gehörte eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit. Dazu gehörte aber auch, dass wir uns wie Sie, Herr Ministerpräsident, kritisch zur Mütterrente geäußert haben und auch andere Fragestellungen, die jetzt im Koalitionsvertrag stehen, nicht mitgetragen haben. Es wollte nur niemand wissen.

Wir haben – das ist die Tragik der Situation – durch die Schaffung der beiden Sondervermögen durch den alten Deutschen Bundestag in die Bevölkerung das Signal gegeben: Es geht alles. Wenn du eine Billion Schulden aufnehmen kannst, warum sollst du dann hier irgendwo und da irgendwo etwas streichen?

Ein kritisches Wort, Herr Kretschmann, kann ich Ihnen jetzt aber nicht ersparen. Ich dachte, dafür kriegt er noch ein Lob, aber dann hat er sich einen Nachsatz geleistet, bei dem ich dachte: Das geht ja nun gar nicht. Wir, der Deutsche Landkreistag, sind mit Ihnen stets gegen eine kommunale Altschuldenbeteiligung des Bundes gewesen, weil wir ganz deutlich gesagt haben: Es kann nicht sein, dass der Bund Fehlerhaftigkeit – Sie haben es selber formuliert – in der Landespolitik ausgleichen muss oder auch nur darf. Das hat mit föderalstaatlicher Verantwortung nichts zu tun.

Jetzt aber sagt man – die Nordrhein-Westfalen feiern das als großartig, lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen –: Die Kommunen machen 2024 ein aktuelles Defizit von 25 Milliarden Euro und laut Koalitionsvertrag beteiligt sich der Bund mit 250 Millionen Euro an Altschulden in den Ländern, in denen Kommunen welche haben, und das reale Problem der 25 Milliarden Euro spricht er dafür gar nicht an. Das ist doch ein Treppenwitz der Geschichte! Aber sie haben es erkaufte – und deshalb die Kritik – mit einer Entlastung der vermeintlichen Geberländer im Länderfinanzausgleich. Daher bekommen die Geberländer mit 400 Millionen Euro vom Bund viel mehr an Entlastung, als die Altschuldenländer erhalten.

Beides hätte nicht passieren dürfen. Beides geht den Bund nichts an. Das sind 650 Millionen Euro weggeworfenes Geld aus dem Bundeshaushalt, die man besser in die allgemeine Entlastung der Kommunen oder meinetwegen auch in andere vernünftige Projekte gesteckt hätte. – So viel zur Kritik.

Nun bin ich nicht gekommen, um die Stimmung zu drücken, sondern ich bin gekommen, um Danke zu sagen. Gratuliert habe ich dem neuen Präsidenten Ihres Verbandes schon. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihm im Deutschen Landkreistag. Es ist gute Tradition, dass der DLT-Präsident auch Präsident eines Landesverbandes ist. Der Landkreistag Baden-Württemberg – Eberhard Trumpp, Jürgen Schütz, Edgar Wais, die hier sind, stehen dafür – und der DLT haben immer, jedenfalls soweit ich es erlebt habe, Hand in Hand gearbeitet. Dafür bin ich ausgesprochen dankbar. Das will ich hier gerne noch mal feststellen und mich für die Verlässlichkeit und Kontinuität bei Ihnen sehr herzlich bedanken.

Sie sind unser drittgrößter Landesverband nach allen Kriterien, die wir haben. Sie haben die drittmeisten Kreise und Sie haben die drittmeisten Einwohner. Es gibt manche, die haben weniger Kreise, aber mehr Einwohner, und glauben, sie seien die größten. Nach unserem Verständnis zählt die Zahl der Kreise. Da steht Bayern an der Spitze, Niedersachsen liegt knapp vor Ihnen und dann kommen Sie. Aber Sie sind verlässlich auf einem Champions-League-Platz. Wir wissen das und sind dankbar dafür. Daher war es auch Zeit und sie waren dran, auch einmal auch wieder den Präsidenten des Deutschen Landkreistags zu stellen, wie es schon von 1952 bis 1960 der Fall war.

Lassen Sie mich jetzt aber neben dem Dank für die Zusammenarbeit mit dem Landkreistag Baden-Württemberg, neben dem Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihr stetes Eintreten für föderalstaatliche Prinzipien auf Folgendes hinweisen: Herr Brötel hat kritisiert, was beim Konnexitätsprinzip alles fehlt. Aber seien Sie auf eines stolz: Sie waren im Nachkriegswestdeutschland das einzige Bundesland, das bis zur Wiedervereinigung überhaupt ein Konnexitätsprinzip hatte. Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben es Ihnen Anfang der Neunzigerjahre abgeguckt. Dann hat es noch zehn Jahre gedauert, bis 2004 alle anderen nachgezogen hatten. Also ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie früh eine solche Regelung hatten.

Es war Ihr früherer Präsident Robert Maus als Landrat des Landkreises Konstanz, der als Erster einen Prozess beim Staatsgerichtshof Baden-Württemberg gewagt hat mit Urteil vom 10. November 1993. Zum Festakt zum Verfassungsjubiläum ist dieses Urteil ergangen. Insofern haben Sie hier etwas Tolles, das vielleicht noch verbesserungsfähig ist, aber Sie waren beispielgebend für ganz Deutschland.

Nun zu Joachim Walter: Joachim Walter ist in den Sozialausschuss des Deutschen Landkreistags am 11. April 2008 gekommen. Das war kurz nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der Arbeitsgemeinschaft im SGB II. Wir haben morgens in Berlin ein Abgeordnetenfrühstück gemacht zur Frage „Wie machen wir das künftig im SGB II?“ und sind dann gemeinsam zum Sozialausschuss nach Heringsdorf in den wunderschönen Landkreis Vorpommern-Greifswald gefahren. Neben Scheidegg hier in Baden-Württemberg ist Heringsdorf der sonnenreichste Ort in Deutschland. Was haben wir erlebt? Ich bin mit der Bahn gefahren, Joachim Walter wahrschein-

lich mit dem Auto. Als ich in Züssow umgestiegen bin: Schnee bis Kniehöhe. Und dann Regen, Regen, Regen. Wir haben nichts anderes erlebt als Regen auf Usedom. Seitdem ist Joachim Walter dabei.

Wir haben uns im Sozialbereich zunächst fokussiert auf die Fragestellung: Wie gehen wir mit der Verantwortung der Landkreise im SGB II um? Dann hat es eine Neuregelung gegeben und danach haben wir in Karlsruhe wieder geklagt unter Beteiligung von Joachim Walter. Dort gab es eine Vorbesprechung, wie das in mündlichen Verhandlungen so üblich ist, mit Andreas Voßkuhle als Präsident des Bundesverfassungsgerichts und Peter Michael Huber als Berichterstatter. Ich habe die Landkreise vertreten. Dabei sagte Voßkuhle: Ich möchte jetzt aus dem Stand einen Praktiker hören, der uns von der Notwendigkeit zusätzlicher kommunaler Optionen überzeugt. Dann gehen sie zurück in die Klägertruppe, die sagt: „Du machst das schon“, gucken sich um und fragen: „Wer tritt denn jetzt an?“ Ich habe in der Verfassungsgerichtsbarkeit solche Situationen öfter erlebt. Dann schauen alle weg und niemand erwidert den Blick. Joachim Walter hat sich auf meinen auffordernden Blick sofort bereit erklärt anzutreten. Ich bin heute noch beeindruckt, mit welch fundamentalem Vortrag er aus dem Stand – das war nicht vorbereitbar, weil nicht erahnbar – vor dem Bundesverfassungsgericht dargelegt hat, mit welchen Argumenten wir für stärkere kommunale Verantwortung im SGB II eintreten. Danke dafür! Das war eine großartige Leistung, das in dieser Situation aus dem Stand so zu machen. Er hat dann die Option trotzdem nicht gekriegt. Dafür ist das Land Baden-Württemberg verantwortlich gewesen. Aber es hat nicht an seinem Vortrag gelegen, denn wir haben in diesem Prozess gar nicht so schlecht abgeschnitten.

Im Sozialbereich haben wir dann einen Koalitionsvertrag gehabt, der besagte: Wir werden die Kommunen um 5 Milliarden Euro im Zuge der Reform der Eingliederungshilfe entlasten. Darüber habe ich lange gestritten mit dem damaligen, aus Baden-Württemberg stammenden Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, der mir gesagt hat: „Das hättest du auch vorher sagen können, dass das überall in Deutschland anders ist als in Baden-Württemberg, wo die Kreise Aufgabenträger sind.“ Wegen der Heterogenität ging dieser Weg nicht.

Dann haben wir lange überlegt: Wie kann man diese 5 Milliarden Euro gerecht auf die deutschen Länder verteilen bei ganz unterschiedlichen Trägerstrukturen, ganz unterschiedlichen Kostenstrukturen usw.? Wir haben im DLT den Vorschlag eines Drei-Komponenten-Systems entwickelt, der insbesondere mit den süddeutschen Ländern durchzusetzen war. Hier haben Christian Bernreiter und Joachim Walter einen maßgeblichen Lösungsbeitrag dazu geleistet, dass wir diese 5 Milliarden Euro Entlastung auf diesem konkreten Weg bekommen haben. – Ich könnte viele andere Beispiele erwähnen.

Wichtig, Joachim, ist etwas anderes. Irgendjemand hat mir heute Morgen gesagt – ich weiß nicht mehr, wer es war, aber es war ein wahrer Satz –: „Joachim Walter wird uns allen fehlen.“ Das stimmt. Wir haben einen guten neuen Präsi-

den – den hatten Sie vorher schon; insofern ist seine Argumentationskraft ungebrochen –, aber Joachim Walter war jemand, der von 2003 bis nächste Woche mit großer Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit, aber auch mit großer Loyalität und Positionsfestigkeit – er konnte also auch hart sein, wenn es sein musste – unsere Gremien zuerst im Sozialausschuss und seit Münster 2011 im Präsidium geprägt hat.

Dann haben wir 2013 überlegt, als der bisherige Präsident Hans Jörg Duppré nach zwölf Jahren im Präsidentenamt seinen Rückzug antreten wollte: Wer wird neuer Präsident? Es gab potenziell zwei Kandidaten und beide waren gleich alt: Reinhard Sager, der Präsident geworden ist, und Joachim Walter. Insofern hatte ich eine gewisse Angst davor, wie das in der Zusammenarbeit ausgeht. So etwas muss nicht gut ausgehen.

Es war dann aber einzigartig, in welcher Weise Reinhard Sager, Joachim Walter und, wenn ich mich selber auch einbeziehen darf, ich auch, wir zu dritt keinen einzigen Konflikt in 10 ½ Jahren ausgetragen haben, sondern uns loyal aufeinander verlassen haben. Immer wenn ich zu Joachim Walter gesagt habe, dass jetzt irgendwann der Stabwechsel kommen muss, hat er geantwortet: Ihr macht das zusammen ganz prima, ich stehe euch bei. Das hat er stets getan.

Der Höhepunkt der letztjährigen Jahrestagung des Deutschen Landkreistags im Kloster Seeon war – neben der Wahl des neuen Präsidenten Achim Brötel – am Vorabend die sehr bewegende, persönlich gehaltene Laudatio von Joachim Walter auf den ausscheidenden Präsidenten und Freund Reinhard Sager. Wenn wir so im Deutschen Landkreistag dauerhaft zusammenarbeiten, dann haben wir etwas geleistet!

Joachim Walter hat in der Sache Festigkeit bewiesen, wenn es darum ging, falsche Kompromisse zu vermeiden, dem einen oder anderen, der sich für größer hält, als er ist, auch zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter.“ Das gehört auch innerhalb des Verbandes dazu.

Das ist etwas, lieber Joachim, wofür ich mich persönlich, aber auch für den Deutschen Landkreistag – für den Landkreistag Baden-Württemberg spricht Achim Brötel – sehr herzlich bedanken möchte.

Ich will enden damit, dass ich etwas mitgebracht habe. Es ist ein Buch von Ulrich von Hassell, dem ersten Landkreistagsgeschäftsführer, der berühmte Persönlichkeiten aus der Politik biografiert hat, unter anderem seinen Schwiegervater Alfred von Tirpitz, aber auch Bismarck und Hardenberg. Ich hoffe, du hast Freude daran.

Ich darf resümierend sagen: Joachim Walter hat sich in höchstem Maße nicht nur um den Landkreistag Baden-Württemberg, sondern auch um den Deutschen Landkreistag verdient gemacht. Dafür sage ich namens des Deutschen Landkreistags, aber auch persönlich ganz, ganz herzlich Danke.

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke ist Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags

© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski/
Landkreistag Baden-Württemberg



GRUSSBOTSCHAFTEN ANLÄSSLICH DER VERABSCHIEDUNG

VON JOACHIM WALTER

Landkreistag
BADEN-WÜRTTEMBERG

*Wir sagen danke,
lieber Joachim Walter!*



ZUM VIDEO

„Fair im Umgang, hart in der Sache“

Anlässlich der Verabschiedung von Joachim Walter aus dem Amt als Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg haben zahlreiche Weggefährten Grußbotschaften in Form von kurzen Videoclips übermittelt.

Von Michael Schlichenmaier
Landkreistag Baden-Württemberg

Die Geschäftsstelle hat hieraus einen kleinen Abschiedsfilm erstellen lassen und damit Joachim Walter während der Verabschiedung im Rahmen der 43. Landkreisversammlung in Balingen eine kleine Überraschung bereitet.

Mit Grußbotschaften beteiligt haben sich:

Winfried Kretschmann MdL, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Thomas Strobl, Stv. Ministerpräsident und Minister des Innern, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg Marion Gentges MdL, Ministerin der Justiz und für Migration Baden-Württemberg Dr. Achim Brötel, Präsident des Deutschen Landkreistags Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg Dr. Frank Mentrup, Präsident des Städtetags Baden-Württemberg Dr. Klaus Brachmann, Vorstandsvorsitzender der WGV Gruppe Dr. Matthias Neth, Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg Reinhard Sager, Präsident a. D. des Deutschen Landkreistags Roger Kehle, Ehrenpräsident und Präsident a. D. des Gemeindetags Baden-Württemberg Dr. Dieter Salomon, Präsident a. D. des Städtetags Baden-Württemberg Peter Schneider, Präsident a. D. des Sparkassenverbands Baden-Württemberg Heinz Eininger, Vizepräsident a. D. des Landkreistags Baden-Württemberg

Der Landkreistag Baden-Württemberg bedankt sich herzlich bei allen an dem Video beteiligten Akteuren und wünscht Ehrenpräsident Walter für den Ruhestand alles erdenklich Gute.

Michael Schlichenmaier leitet die Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Landkreistag Baden-Württemberg



ZUM VIDEO

„Einer, dem nichts zu viel gewesen ist“

Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Dr. Achim Brötel, würdigte in seiner Laudatio die besonderen Verdienste von Landrat Joachim Walter, der von 2013 bis 2025 als Präsident an der Spitze des Landkreistags Baden-Württemberg stand.

Von Dr. Achim Brötel · Landkreistag Baden-Württemberg



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem aber sehr geehrter, lieber Herr Ehrenpräsident Walter und am allerliebsten lieber Joachim! Viele von uns haben dich in den letzten Jahren immer wieder in den unterschiedlichsten Situationen erlebt. Sprachlosigkeit war dir dabei in aller Regel aber ein von Grund auf fremdes Verhaltensmuster. Wir glauben deshalb, deiner Reaktion gerade eben zumindest ein klein wenig auch entnommen zu haben, dass uns diese Überraschung mit dem Film anscheinend geglückt ist.

Zu verdanken haben wir das im Übrigen einem der größten Filmemacher aus den Studios des Landkreistags in der Panoramastraße, nämlich unserem Hauptgeschäftsführer Prof. Alexis von Komorowski. Dafür will ich auch ein dickes Dankeschön sagen. Das war eben, wenn ich das so formulieren darf, großes Kino im wahrsten Sinne des Wortes. Weggeführten und Freunde haben dich, lieber Joachim, mit ihren eigenen Worten nicht nur so beschrieben, wie sie dich sehen, sondern vor allem auch so, wie du ganz einfach bist. Deshalb ist es schwer, dem überhaupt noch etwas hinzuzufügen.

Ich könnte es mir natürlich jetzt vergleichsweise leicht machen und einfach auf den bekannten Sportreporter Jörg Dahlmann verweisen, der seinerzeit den Abschied von Lo-

thar Matthäus mit den legendären Worten kommentiert hat: „Da geht er. Ein großer Spieler. Ein Mann wie Steffi Graf.“

Ob Joachim Walter jetzt allerdings wirklich „ein Mann wie Steffi Graf“ ist, weiß ich auch nicht so recht. Ich würde stattdessen eher sagen: Hauptsache, er ist keiner wie Lothar Matthäus. Aber ich will das nicht weiter vertiefen.

Völlig unabhängig davon: Ein großer Spieler bist du, lieber Joachim, zweifelsohne auch gewesen. Kein selbstverliebter Ballkünstler, sondern immer ein mannschaftsdienstlicher Teamplayer. Ein kreativer Kopf, der weit über den eigenen Kirchturm hinausschauen kann. Aber auch jemand, der dann nicht wie weiland John Wayne zu einsamen Entscheidungen aus der Hüfte heraus neigt, sondern der ganz im Gegenteil sogar immer spürbar darauf bedacht war, andere schon frühzeitig bei seinen Überlegungen mitzunehmen und das eigene Ergebnis dadurch abzusichern.

Du bist jemand, der zu allen Fragen stets exzellent vorbereitet war und den deshalb auch niemand aufs Glatteis führen konnte. Einer, dem nichts zu viel gewesen ist – an sieben Tagen in der Woche und nicht selten auch zu Uhrzeiten, die andere nur vom Hörensagen kennen. Ein Schaffer vor dem Herrn im wahrsten Sinne des Wortes.

Dazu ein Netzwerker mit vielen Verbindungen in die unterschiedlichsten Bereiche. Wenn es sein musste, auch mal hartnäckig in der Sache, aber stets konziliant im Ton. Überhaupt muss man sagen: Du hast einfach immer die richtigen Worte gefunden, in hitzigen Diskussionen genauso wie in launiger Runde. Joachim Walter führt zusammen und Joachim Walter hält zusammen. Das hat der Qualität unserer Arbeit im Landkreistag zweifelsohne sehr gutgetan.

Du bist in all den Jahren einfach immer und überall präsent gewesen. Sozusagen der Hans-Dietrich Genscher des Landkreistags.

Insbesondere aber – und das steht für mich persönlich über allem anderen – bist du durchweg spürbar Mensch geblieben. Einer von uns, geerdet, bodenständig, normal. Nicht nur einfach ein Kollege, sondern auch ein guter Freund. Jemand, der wunderbar Anekdoten erzählen und dabei auch über sich selbst lachen kann.

Wenn man deine hervorstechenden Charaktereigenschaften beschreiben wollte, dann kämen mir vor allem Verlässlichkeit, Humor, Bescheidenheit, Hilfsbereitschaft, ein klares Wertegerüst und nicht zuletzt deine absolute Loyalität in den Sinn.

Die trockenen Fakten sind schnell erzählt: Landrat im Landkreis Tübingen seit 2003, inzwischen also in der dritten Wahlperiode. 2007 dann schon die Wahl zum Vizepräsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg. 2008 der Vorsitz im Sozialausschuss. Das soll übrigens nicht die schlechteste Ausgangsposition sein. Im Juli 2013 bist du dann in der Nachfolge von Helmut Jahn in Öhringen zum ersten Mal zum Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt und seitdem drei Mal wiedergewählt worden. Du hast diese Funktion damit insgesamt mehr als zwölf Jahre lang innegehabt, länger als alle deine Vorgänger. Aber nicht nur das: Du hast in dieser Zeit die Geschicke des Landkreistags vor allem auch ganz maßgeblich geprägt.

Es waren nahezu durchweg besonders herausfordernde Zeiten. Ich will nur den starken Zustrom geflüchteter Menschen ab 2015, die Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg und jetzt auch noch die kommunale Finanzkrise nennen. Alles das und noch sehr viel mehr hat dich und uns in hohem Maße gefordert. Es hat aber auch die öffentliche und die politische Sichtbarkeit der Landkreise deutlich erhöht und insbesondere unser Profil als wesentliche Akteure des staatlichen Krisenmanagements nachhaltig geschärft. Dazu hast du als unser Präsident, aber auch auf Bundesebene als langjähriger Vizepräsident des Deutschen Landkreistags seit 2014 einen ganz entscheidenden Beitrag geleistet.

Wir haben es vor allem deinem großen Verhandlungsgeschick, aber auch deinem feinen Gespür für das richtige Timing zu verdanken, dass es gelungen ist, etlichen landes- und auch bundespolitischen Dossiers den richtigen Stempel, nämlich den Landkreisstempel, aufzudrücken.

Ich denke dabei etwa an die erfolgreiche Vertretung der kreiskommunalen Interessen in der Gemeinsamen Finanzkommission. Du hast insgesamt an 14 Sitzungsrunden der GFK teilgenommen – was schon per se nicht unbedingt vergnügungssteuerverpflichtig ist – und dich dort insbesondere

auch mit großem Erfolg für eine bessere Mittelausstattung in den Bereichen Krankenhäuser, Geflüchtetenversorgung, Eingliederungshilfe und Verwaltungsdigitalisierung eingesetzt.

Du hast die ÖPNV-Finanzreform maßgeblich mit ausgehandelt, durch die der Nahverkehr in der Fläche, aber auch die Verantwortung der Kreise als ÖPNV-Aufgabenträger weiter gestärkt worden ist.

Und nicht zu vergessen: Gerade bei der Bewältigung der Corona-Pandemie in Baden-Württemberg ist es nicht zuletzt deinem großen persönlichen Einsatz zu verdanken, dass der Landkreistag zu einem wichtigen Bindeglied zwischen Gesundheitsämtern, Abstrichzentren, Impfzentren und dem Land geworden ist. Du hast dich damals auch sehr aktiv in die unterschiedlichen Lenkungsgruppen auf Landesebene eingebracht und vor allem für eine Pandemiebekämpfung mit Augenmaß und dem Blick auf alle Betroffenen stark gemacht.

Deshalb haben wir dich, lieber Joachim, vorhin völlig zu Recht zu unserem allerersten Ehrenpräsidenten überhaupt ernannt. Mit deiner bei aller Entschiedenheit immer wertschätzenden Art hast du dir nämlich in der Tat breite und vor allem auch bleibende Verdienste um die baden-württembergischen Landkreise erworben. Insofern gratuliere ich dir auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich zu dieser hohen, vor allem aber hochverdienten Auszeichnung.

Ich habe heute allerdings auch noch etwas anderes mit dabei. Wir haben nämlich – und das wirklich nur dieses einzige Mal, mehr hätten wir uns natürlich nie getraut – hinter deinem Rücken etwas beschlossen, ohne dich vorher mit einzubinden. Ich darf deshalb hiermit auch ganz offiziell bekanntgeben, dass das Präsidium des Landkreistags einstimmig beschlossen hat, dir zudem die Landkreismedaille in Gold zu verleihen. Diese besondere Ehrung ist schon 1991 geschaffen worden und kann – so heißt es in den Statuten – herausragenden Persönlichkeiten verliehen werden, die sich um die Landkreise in besonderem Maße verdient gemacht haben. Und – darauf haben unsere Altvorden besonderen Wert gelegt –: Sie soll nur einem kleinen Kreis von Persönlichkeiten vorbehalten bleiben. All das trifft auf dich in ganz hervorragender Weise zu. Deshalb darf ich dich nachher noch kurz zu mir auf die Bühne bitten. Wir wollen dich aber für den Ruhestand schonen. Deshalb darfst du zunächst noch einige Augenblicke sitzenbleiben.

Ich will nämlich vorher noch Danke sagen. Danke vor allem an eine Person, die es jetzt zwar leider gar nicht hören kann, die aber einen riesigen Anteil an dem hat, was du verkörperst. Das ist natürlich deine Frau. Deshalb darf das an dieser Stelle ganz sicher nicht unerwähnt bleiben. Danke, liebe Doris! Dafür haben wir auch einen kleinen Blumenstrauß vorbereitet, den wir dir gerne nachher für die – um mit Ephraim Kishon zu sprechen – „beste Ehefrau von allen“ mitgeben wollen.

Jetzt folgt für euch beide also schon bald eine völlig neue Lebensphase. Wir wünschen dir, lieber Joachim, dazu in der Tat eine gelingende Wiedereingliederung in das normale Leben. Der Wechsel aus dem Amt des Präsidenten und des



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Landrats in die Funktion des häuslichen Assistenten markiert ja schon eine gewisse Zäsur. Wir sind deshalb sehr gespannt, wie ihr euren Alltag im (Un-)Ruhestand dann konkret gestalten werdet.

Auf einmal ist da alles irgendwie anders. Ich denke, das ist ein offenes Geheimnis. Keiner hat dieses Phänomen besser beschrieben als der unvergessene Lorient in seiner berühmten Komödie „Pappa ante portas“. Dort wird bekanntlich Heinrich Lohse, der Einkaufsdirektor der Deutschen Röhren AG, in den Ruhestand versetzt und trifft dann zu Hause auf völlig fremde Gestalten, nämlich seine Familie. Daraus entstehen legendäre Dialoge, etwa als Lohse am helllichten Vormittag seine Frau in der eigenen Wohnung überrascht. Sie: „Mein Gott, hast du mich erschreckt.“ Er: „Ich wohne hier.“ Sie: „Aber doch nicht jetzt um diese Zeit!“

Ich weiß nicht, ob sich solche oder so ähnliche Szenen in eurem Haus künftig auch abspielen werden. Das geht uns im Zeitalter der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung auch nichts an. Wir wünschen euch für euren neuen gemeinsamen Lebensabschnitt jedenfalls von Herzen alles Gute, insbesondere aber ganz viel Gesundheit und natürlich deutlich mehr Zeit für das, was sonst eben geradezu zwangsläufig auf der Strecke bleibt, wenn man seinen Beruf und sein Ehrenamt mit dem Enthusiasmus und dem Verantwortungsbewusstsein lebt, wie du das immer getan hast.

Einen ganz besonderen Wunsch habe ich auch noch im Handgepäck mit dabei. Vor einiger Zeit ist der Generalinspekteur der Bundeswehr bei uns im Neckar-Odenwald-Kreis zu Besuch gewesen, wo er vor vielen Jahren – damals noch mit silbernen Sternen auf der Schulter – Bataillonskommandeur in Hardheim war. General Breuer hat uns im Rahmen eines sicherheitspolitischen Gesprächs dabei sein Lebensmotto verraten. Das ist – wie könnte es bei einem Soldaten anders sein – das Prinzip der strategischen Gelassenheit. Die Herleitung dieses Prinzips war dann für mich aber doch überraschend. General Breuer hat die strategische Gelassenheit nämlich auf die inzwischen verstorbene Queen zurückgeführt, die er bei ihrem letzten Staatsbesuch in Deutschland im Sommer 2015 begleiten durfte. Die Queen habe ihm dabei – wohlgermerkt im Sommer 2015 – im Rahmen eines abendlichen Gesprächs gesagt: „als ich neulich Adenauer traf“.

In der Tat: Das ist die wahre strategische Gelassenheit. Wenn wir dieses Stadium erst einmal erreicht haben, dann kann uns wahrscheinlich nichts mehr aufregen von dem, was gerade in der Welt draußen geschieht. Diese strategische Gelassenheit wünsche ich dir, lieber Joachim, deshalb auch.

Damit möchte ich dich jetzt wirklich zu mir auf die Bühne bitten, damit ich dir in diesem schönen und festlichen Rahmen die Landkreismedaille in Gold verleihen kann.

Ich bin mir zwar bewusst, dass es für dich im Zweifel sehr viel Wichtigeres gibt – ganz im Sinne des vorhin schon und immer wieder gern zitierten Manfred Rommel, der einmal gesagt hat: „Titel, Name, Geld, Befruchtung / sind nur zum Zwecke der Verpackung. / Schale gilt nicht, sondern Perle, / wichtig ist allein der Kerle.“ In der Tat: Wichtig ist allein der Kerle. Auch da gilt aber: Du bist und bleibst einfach ein total netter Kerl, der uns im Landkreistag mit Sicherheit fehlen wird.

Die Verleihungsurkunde hat folgenden Wortlaut: „In Anerkennung seiner für die Landkreise erworbenen außergewöhnlichen Verdienste verleiht das Präsidium Herrn Ehrenpräsident Landrat Joachim Walter die Verdienstmedaille des Landkreistags Baden-Württemberg in Gold – Stuttgart, den 22. September 2025 – Dr. Achim Brötzel, Präsident“. Herzlichen Glückwunsch von uns allen.

Ich habe noch etwas dabei. Natürlich haben wir auch ein kleines Geschenk für den (Un-)Ruhestand organisiert – selbstverständlich schon vorher im Detail geprüft und abgestimmt mit dem Regierungspräsidium Tübingen. Die strengen Augen des Herrn Regierungspräsidenten wachen ja auch heute über uns. Wir wissen, dass du künftig wieder mehr an deine alte Leidenschaft anknüpfen willst, nämlich das Campen und das Wohnmobil. Nachdem wir aus den „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen“ gehört haben, dass deine Campingausrüstung noch nicht ganz vollständig ist, wollen wir Landkreise dazu auch einen kleinen Beitrag leisten, damit du dann, wenn du im Campingsessel sitzt, das eine oder andere Mal vielleicht auch voller Wehmut, gleichwohl aber mit Zufriedenheit und Stolz an deine lange Zeit an der Spitze des Landkreistags Baden-Württemberg und an all die, mit denen du dort so gut und so eng zusammengearbeitet hast, zurückdenkst. Wir haben unser Geschenk symbolisch in ein kleines Wohnmobil verpackt, sind aber sicher, dass du eine geeignete Verwendung dafür haben wirst. Wir haben auch noch einen USB-Stick mit dem Film beigelegt.

In diesem Sinne noch einmal vielen herzlichen Dank für alles, alles Gute, Gottes Segen für dich und deine Familie. Oder, wie es ein früherer Ministerpräsident unseres Bundeslandes jetzt wahrscheinlich in seinem geschliffenen Oxford-Englisch sagen würde: „We wish you what.“ „Wir wünschen dir was.“

Alles, alles Gute!

Dr. Achim Brötzel ist Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

ABSCHIEDSWORTE

„Es überwiegt ... die Freude, für Menschen dieses Landes gestalten und arbeiten zu dürfen, ja, ihnen dienen zu dürfen“



ZUM VIDEO

Ehrenpräsident Joachim Walter stellte in seinen Abschiedsworten den Dank in den Mittelpunkt.

Von Joachim Walter · Landkreistag Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Achim Brötel! Nach der perfekten Begrüßung durch alle meine Vorredner mache ich es kurz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bedarf schon einer großen moralischen Kraft, nach so vielen übertriebenen Komplimenten nicht vollständig vom Boden abzuheben. Das wussten schon die alten Römer. Seneca hat erklärt: „Das Schönste ist nicht die Amtseinsetzung. Sie bedeutet Mühsal, Plage und oft Enttäuschungen. Das Verlassen des Amtes dagegen ist Freude und Seligkeit.“ Warum habe ich dieses Zitat gewählt?

Lieber Herr Ministerpräsident Kretschmann, es betrifft uns beide, die wir heute als Aktive einer Landkreisversammlung beiwohnen. Beide wissen wir: Ämter in der Kommunalpolitik und in der Landespolitik sind manchmal mühsam, die eine oder andere Plage, in welcher Form auch immer, muss man aushalten und gelegentlich werden auch Erwartungen enttäuscht.

Es – jetzt kommt der Trost, lieber Achim Brötel – überwiegt aber aus meiner Sicht eines: die Freude, für Menschen dieses Landes gestalten und arbeiten zu dürfen, ja, ihnen dienen zu dürfen. Deshalb sind Abschiedsworte immer Dankesworte. Dank an meine Landrätinnenkolleginnen und Landrätekollegen, die mir das Amt des Präsidenten des

Landkreistags Baden-Württemberg über zwölf Jahre anvertraut haben und mir heute die hohe Ehre der Ehrenpräsidentschaft erwiesen haben. Auch die Landkreismedaille in Gold ist eine seltene Auszeichnung. Vielen herzlichen Dank!

Ihr seht, ich schätze das sehr hoch, denn ich verstoße gegen einen Grundsatz, den ich mir selbst zu Beginn meiner Präsidentschaft gegeben habe: Ich habe sofort am Tag danach zu meiner Personalakte einen Vermerk gegeben. In diesem stand: „Wünscht keinerlei Orden und Ehrenzeichen.“ Die vom Landkreistag kann ich nicht ablehnen. Vielen herzlichen Dank euch! Denn wir waren gemeinsam stark, weil wir ehrlich, offen und konstruktiv miteinander umgegangen sind.

Dabei will ich dir, lieber Achim, ganz besonders danken. Klar: Deine lobenden Worte waren zwar übertrieben, aber sie waren sehr humorvoll – und gefallen haben sie mir halt trotzdem. Danken will ich dir auch für unser freundschaftliches Miteinander in den letzten Jahren und für deine Bereitschaft, neben der großen Aufgabe als Präsident des Deutschen Landkreistags auch die Präsidentschaft im Landkreistag Baden-Württemberg zu übernehmen. Du bist die Idealbesetzung für dieses Amt. Die Doppelfunktion in Berlin und Stuttgart wird den Landkreisen in Baden-Württemberg in hohem Maße Nutzen bringen.



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Deine Rede vorhin, in der auch dein Humor aufgeblitzt ist, zeigt: Du weißt, dass Seneca, wenn er die Amtseinsetzung beschreibt, nur die halbe Wahrheit nennt. Die Freude am Gestalten soll alles andere überwiegen. Kraft und Gesundheit und immer eine glückliche Hand wünsche ich dir von Herzen für diese große Aufgabe.

Du hast einen großen Trumpf in der Hand. Dir steht eine Geschäftsstelle zur Seite, die große Aufgaben mit kleiner Mannschaft unheimlich effektiv bewältigt. An ihrer Spitze ein Hauptgeschäftsführer, lieber Alexis von Komorowski, dessen strategisches Denken, sein unermüdliches Arbeiten für die Landkreise, sein Weitblick und seine menschlich zugewandte Art für mich ebenso unverzichtbar wie hilfreich und effektiv waren. Sie werden es auch für dich sein, lieber Achim. Darauf kannst du zählen.

Ein großes Dankeschön von Herzen an dich, lieber Alexis, an Sie, liebe Frau Münz, und an das ganze Team der Geschäftsstelle. Ihr alle habt mir die Arbeit sehr einfach gemacht. Und wenn es jetzt einen Applaus gibt, dann habt ihr den verdient.

Dank, lieber Eberhard Trumpp, will ich auch dir abstaten. Du hast mich in meinen ersten Präsidentenjahren unter deine Fittiche genommen, du hast mir zur Seite gestanden, du hast mich unterstützt und du hast mich in alle Themen eingeführt. Es war unheimlich hilfreich. Danke, lieber Eberhard, dafür.

Danke aber auch meinen Vorgängern, die heute da sind: dir, lieber Edgar Wais, dir, lieber Jürgen Schütz. Ein Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg steht immer auf den Schultern seiner Vorgänger. Ihr habt die Fundamente geschaffen, von denen ich profitieren durfte.

Lieber Hans-Günter Henneke, danke auch für deine Worte und die Tatsache, dass du den weiten Weg von Berlin in das mit öffentlichen Verkehrsmitteln momentan kaum erreichbare Balingen auf dich genommen hast. In den fast ein- einhalb Jahrzehnten, in denen ich im Präsidium des DLT – zeitweise, wie du beschrieben hast, auch als Vizepräsident – mitwirken durfte, konnte ich mich immer auf dein großes strategisches und juristisches Können, aber auch auf deine ehrliche und menschlich zugewandte Art verlassen. Danke dafür. Auch du wirst am Ende dieses Jahres in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Dafür wünsche ich dir heute alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit.

„Ich habe sofort am Tag danach zu meiner Personalakte einen Vermerk gegeben. In diesem stand: „Wünscht keinerlei Orden und Ehrenzeichen.“ Die vom Landkreistag kann ich nicht ablehnen. Vielen herzlichen Dank euch! Denn wir waren gemeinsam stark, weil wir ehrlich, offen und konstruktiv miteinander umgegangen sind.“

Lieber Herr Ministerpräsident Kretschmann, unsere Wege haben sich das erste Mal 1979 gekreuzt. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran. Seit Sie 2011 das Amt des Ministerpräsidenten bekleiden, hatten wir viele Berührungspunkte. Anlässlich meiner persönlich überbrachten Glückwünsche zu Ihrer ersten Wiederwahl schauten Sie mich streng an – das können Sie – und sagten: „Und auf gute Zusammenarbeit. Es war ja nicht immer so einfach mit uns beiden in den letzten fünf Jahren“, worauf mir nichts Besseres einfiel, als Ihnen zu sagen: „Das bleibt voraussichtlich auch so.“

Das liegt in der Natur der Sache. Denn wie wir alle bei der hervorragenden Rede von Achim Brötel heraushören konnten, gibt es eben Konfliktpunkte, es gibt unterschiedliche Auffassungen, es gibt Interessenkonflikte zwischen Land und Landkreisen, wo Diskussionen unbequem sein können und manchmal auch unbequem sein müssen.

Zu Beginn Ihrer ersten Amtszeit sind Ihnen diese Diskussionen – Sie haben es vorhin selbst beschrieben – wohl mehr als Fundamentalopposition gegen die erste rot-grüne Regierung vorgekommen und – Sie haben es erwähnt – Günther Oettinger hat geholfen, indem er gesagt hat: „Die Landräte waren schon immer lästig.“

Das müssen wir auch sein, wenn wir erkennen, wie schlecht es beispielsweise um die Finanzierung der kommunalen Aufgaben steht, wie dringend notwendig kraftvolle Schritte der Deregulierung sind, wenn wir in unserem Land vorankommen wollen und verhindern wollen, dass radikale politische Kräfte von den beiden Rändern die Oberhand gewinnen. Da müssen wir als Landrätinnen und Landräte fordern, dass bei einem beabsichtigten Regelbefreiungsgesetz eben nicht ein Passus enthalten ist, der zur Bedingung macht, dass auf jeden Fall der Zweck der ausgesetzten Norm auch erreicht werden soll. Da müssen wir als Landrätinnen und Landräte fordern, dass angesichts des knappen Wohnraums Verhinderungsinstrumente wie die Bürgerbeteiligung im Bauleitverfahren wieder abgeschafft werden. In diesem Fall ist die Bürgerbeteiligung eben nur Anliegerdemokratie. Wir fordern auch: Gold-Plating braucht es im Land nicht. Da hätte es eine schöne und einfache Möglichkeit per Gesetz gegeben, so wie in Österreich selbiges zu verbieten.

Bezüglich der Radkoordinatoren, Herr Ministerpräsident, habe ich wohl mit meinen Aussagen einen – wie man heute so schön sagt – nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Warum wollte ich die nicht? Ich habe damals gesagt: Herr Ministerpräsident, wir haben kein Geld mehr, um Radwege zu bauen – wofür brauchen wir dann Koordinatoren? Genau das ist der Grund, warum ich diese abgelehnt habe. Von den Kollegen und Kolleginnen hat ja der eine oder die andere vielleicht eine Möglichkeit, die Damen und Herren doch noch ein bisschen sinnvoll einzusetzen – im Umfeld der Radwege, so sage ich jetzt mal ganz einfach.

Wir sind aber trotz mancher inhaltlichen Differenzen nie in persönliche Auseinandersetzungen hineingeraten, lieber Herr Ministerpräsident. Wir haben Lösungen mit der Landesregierung gefunden. Und ich glaube, das wird auch weiterhin gelingen. In meinen Dank möchte ich alle heute anwesenden Mitglieder der Landesregierung einbeziehen, liebe Frau Ministerin Gentges, lieber Herr Minister Hauk. Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut musste zu einem Termin weg; ich habe es ihr aber vorher noch schnell sagen können. Vielen herzlichen Dank für die immer gute Zusammenarbeit allen Mitgliedern der Landesregierung. Wenn ich, liebe Frau Ministerin Gentges, Sie heute hier vor mir sitzen sehe und an das Thema „Flucht und Migration“ denke, dann will ich mich bedanken für die hervorragende Zusammenarbeit in diesen durchaus kritischen Momenten. Das Thema Ukraine hat uns damals alle überrascht, und es ist uns gelungen, die Probleme anzugehen, weil wir mit Ihnen und mit Ihrem Haus ausgezeichnet kooperieren konnten. Leider konnten wir manche wenig zielführenden Entscheidungen in Berlin miteinander nicht verhindern.

Ein herzliches Dankeschön auch an die Fraktionsvorsitzenden. Herr Hagel musste jetzt auch zu einem Termin weitergehen. Herr Schwarz und Herr Stoch, Sie haben mit uns viele Gespräche geführt. Ich durfte immer nicht nur auf Ihr offenes Ohr hoffen, sondern ich habe dieses offene Ohr auch bekommen für unsere Anliegen. Zuletzt hat mir Herr Hagel zu unseren zentralen Anliegen und Forderungen auch in schriftlicher Form ein umfassendes Zugeständnis gemacht, für das wir sehr dankbar sind. Dafür will ich mich hier ausdrücklich bedanken, denn es bedarf manchmal der Papierform, um solche Dinge festzuhalten.

Ich möchte in diesen Dank zwei Abgeordnete besonders einschließen, von denen ich weiß, wie sehr sie sich immer um die kommunalen Belange und zuletzt auch um besagtes Papier gekümmert haben, nämlich Sie, lieber Hockenberger, und Herr Schütte, der jetzt nicht da sein kann. Vielen Dank!

Liebe Präsidentenkollegen von Städtetag und Gemeindetag Baden-Württemberg, gemeinsam waren wir stark, weil wir unsere manchmal nicht bis aufs allerletzte Komma übereinstimmenden Interessen gegenüber dem Land immer gemeinsam vertreten haben. Danke, lieber Steffen Jäger, lieber Frank Mentrup, und auch dir, lieber Roger Kehle, für das gute Miteinander. Es hat immer gutgetan, miteinander die Themen anzugehen. Wir haben meist verhandelt ohne allzu lange Abstimmungen. Wir haben uns blind verstanden. Ich glaube, das war auch gut so.

Meine Damen und Herren, bei einer Veranstaltung vor vielen Jahren, bei deren Ende es auch wie heute ein Mittagessen geben sollte, wurden lange Reden gehalten. Als auch



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

der letzte Redner nicht zu Ende kam, öffnete sich neben der Bühne eine Tür und laut vernehmbar wurde hereingerufen: „D’ Saidewürschtle platzet scho.“ Dazu will ich nicht weiter beitragen und zum Ende kommen.

Dem Landkreistag Baden-Württemberg und seinem neuen Präsidenten wünsche ich Glück und weiter viel Erfolg bei der Vertretung und Durchsetzung der Interessen unserer Landkreise. Denn die Landkreise stehen für eine gute Zukunft vor Ort.

Herr Ministerpräsident, es ist nicht nur Liturgie. Die Forderungen, die wir hier erheben, sind berechtigt. Liturgie ist etwas anderes, die gehört in die Kirche, die pflegen wir hier bei den Landkreisversammlungen nicht. Aber auch in der Liturgie gibt es bekanntlich Fürbitten, die berechtigt sind. Also so ganz schlecht war der Vergleich wohl nicht.

Sie alle, die heute bei uns sind und die Sie uns immer unterstützt haben, bitte ich: Bleiben Sie dem Landkreistag und den Landkreisen gewogen. Landkreistag Baden-Württemberg, ad multos annos.

Danke für alles.

Joachim Walter ist erster Ehrenpräsident und Präsident a. D. des Landkreistags Baden-Württemberg



ZUM VIDEO

„... lassen Sie es uns gemeinsam anpacken ...“

In seinen Schlussworten unterstrich Vizepräsident Dr. Richard Sigel nochmals die desaströse finanzielle Lage der Landkreise und verwies auf den Forderungskatalog der Landkreise an die neue Landesregierung, insbesondere auf die zehn Kernforderungen.

Er rief dazu auf, die großen Herausforderungen gemeinsam anzupacken.

Von Dr. Richard Sigel · Landkreistag Baden-Württemberg



© Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski / Landkreistag Baden-Württemberg

Das wäre eigentlich von unserem Ehrenpräsidenten schon das perfekte Schlusswort gewesen. Deshalb weiß ich gar nicht, warum ich noch auf der Rednerliste stehe. Aber ich will das Schlusswort trotzdem halten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich alles gesagt. Saitenwürstle gibt es, glaube ich, keine, aber das Mittagessen wäre vorbereitet. Wie so oft, wenn gesagt wird, dass alles gesagt ist, wird dann doch noch mal zum Rundschlag ausgeholt. Diesen Rundschlag will ich Ihnen heute ersparen. Ich nehme den Hinweis auf die Liturgie mit, aber wir können uns auch kurzfassen, vor allem wenn das Mittagessen wartet. Ich weiß, es hatten viele von Ihnen heute eine lange Anreise hierher nach Balingen und Sie müssen auch wieder zurück.

Deshalb möchte ich vor allem Danke sagen. Danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben, heute hierherzukommen zu unserer 43. Landkreisversammlung.

Danke ganz besonders Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich heute auch auf der Zielgeraden noch mal die Zeit genommen haben, sich die Fürbitten der Landkreise anzuhören und sie mitzunehmen. Sie sind bei den Landkreisen gern gesehen.

Ich weiß nicht, ob Sie es wissen: Sie zieren das Cover der aktuellen Ausgabe – ich habe sie mitgebracht – unserer Verbandszeitschrift „Der Landkreis“. Da findet sich auch das Zitat, das vorhin von unserem Hauptgeschäftsführer gebracht wurde: „Es wird nur nicht noch schlimmer.“ Also Sie machen nicht nur mit dem Bild eine gute Figur, Sie bringen unsere Position auch einmal mehr auf den Punkt.

Herr Prof. Henneke, Sie haben das dann mit den Worten kommentiert: „Den mit Abstand souveränsten Beitrag im Bundesrat lieferte wieder einmal Baden-Württembergs Winfried Kretschmann.“

Ich glaube, Ihre klaren Worte – auch heute hier bei der Landkreisversammlung – bringen zum Ausdruck, dass Sie hinter uns, dass Sie hinter der kommunalen Familie stehen. Ich habe mir als Fazit Ihrer heutigen Rede mitgenommen, dass sich in diesem Jahr noch etwas tun wird.

Unser neuer Präsident Brötzel hat ausgeführt, wie desaströs es um die finanzielle Lage der Landkreise steht. Er hat auch unseren eindrucksvollen Forderungskatalog Ihnen allen auf den Tisch legen lassen und er hat die zehn Kernforderungen nochmals dargestellt.

Deshalb kann ich nur sagen: Lassen Sie es uns anpacken. Herr Ministerpräsident, lassen Sie es uns gemeinsam anpacken. Wir sind gerne verlässliche Partner. Wir halten uns vielleicht manchmal für Alleskönner, aber wir sind keine Einzelkämpfer, sondern echte Teamplayer. So wollen wir auch gerne die Herausforderungen angehen, die riesig sind. Sie haben das sehr treffend beschrieben. Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass wir alle gemeinsam die Ärmel hochkrempeln, bevor es zu spät ist.

Ihnen allen herzlichen Dank, dass Sie heute gekommen sind. Ich wünsche Ihnen jetzt einen guten Appetit und dann eine gute Heimreise und noch einen guten Verlauf des Tages. Ich weiß, viele haben noch Termine.

Damit ist die 43. Landkreisversammlung geschlossen. Herzlichen Dank.

Dr. Richard Sigel ist Vizepräsident des Landkreistags und Landrat des Rems-Murr-Kreises

„EU-Umweltpolitik“ in Brüssel

Vom 29. September bis zum 1. Oktober waren die für Umweltthemen zuständigen Fachreferenten von Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag Baden-Württemberg für eine Hospitation zu Gast beim Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel. Die Hospitation fand in Kooperation mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg zur Förderung der Europafähigkeit der Kommunalen Landesverbände statt.

Von Nadine Merz · Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Das Programm für den dreitägigen Aufenthalt wurde vom Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Zusammenarbeit mit den Europareferentinnen der Geschäftsstellen von Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag konzipiert und begleitet.

Zur Vorbereitung der Hospitation in Brüssel fand Mitte September eine digitale Vorbesprechung mit dem Europabüro der baden-württembergischen Kommunen statt. Dabei wurden grundlegende Informationen zum EU-Recht, zu europäischen Politikabläufen sowie zur kommunalen Interessenvertretung des Europabüros im EU-Mehrebenensystems vermittelt. Inhaltlicher Schwerpunkt war das von der EU-Kommission für 2026 angekündigte neue Gesetz zur Kreislaufwirtschaft („Circular Economy Act“) sowie das dazu veröffentlichte Positionspapier des Europabüros. Darüber hinaus wurden weitere Forderungen der Kommunalen Landesverbände für eine praxistaugliche EU-Umweltgesetzgebung diskutiert. Die Teilnehmer stellten zudem ihre eigenen fachlichen Arbeitsbereiche gegenüber dem Europabüro vor, formulierten zentrale Botschaften für die bevorstehenden Gespräche in Brüssel und tauschten sich zum Erwartungsmanagement im Rahmen der Hospitation aus.

Am Montag, den 29. September 2025, reisten die Teilnehmer bis zum frühen Abend in Brüssel an. Den Auftakt der Hospitation bildete ein gemeinsamer Netzwerkabend mit der AG Europakoordinatorinnen und -koordinatoren des Städtetags Baden-Württemberg, die sich zeitgleich zu einer Delegationsreise in Brüssel aufhielt. Der Abend bot die Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen und Vernetzen sowie zum informellen Austausch über aktuelle europäische Themen und die Rolle der Kommunen im EU-Kontext.

Am nächsten Morgen startete die Delegation am 30. September 2025 mit einem gemeinsamen Auftakttreffen im Europabüro in das inhaltliche Programm. Dabei wurden zentrale Punkte aus der Vorbesprechung in Erinnerung gerufen und die kommenden Gespräche strategisch vorbereitet.

Im Anschluss besuchten die Teilnehmer das Haus der Europäischen Geschichte. Die Ausstellung bot einen Einblick in die historischen Wurzeln Europas, die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts sowie die jüngere europäische Geschichte. Dabei konnten die Teilnehmer die unterschiedlichen historischen Perspektiven auf die europäische Integration kennenlernen.

Anschließend fand ein Austausch mit Anna Leena Wacker, Senior-Referentin für Kreislaufwirtschaft und Mobilität beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU), statt. Frau Wacker stellte zunächst die Arbeit des VKU-Büros in Brüssel sowie die aktuell besonders relevanten Themen vor. Im anschließenden Gespräch wurde insbesondere die Neufassung der EU-Verordnung über die Verbringung von Abfällen und die damit verbundenen Herausforderungen für Grenzregionen diskutiert, da nach der aktuellen Rechtslage eine Entsorgung von Abfällen in Drittländern wie der Schweiz nicht mehr möglich ist. Dabei ging es um die gravierenden Auswirkungen für die baden-württembergischen Grenzregionen zur Schweiz, die auf eine langjährige, funktionierende und ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Zusammenarbeit bei der energetischen Verwertung brennbarer Siedlungsabfälle angewiesen sind. Die Diskussion beleuchtete die praktischen Herausforderungen und die Notwendigkeit einer rechtssicheren Ausnahmeregelung für diese Grenzregionen.

Im weiteren Verlauf stand ein Austausch mit Florian Stern, Parlamentarischer Referent von MdEP Norbert Lins (CDU/EVP) auf dem Programm. Schwerpunkt des Gesprächs waren die Forderungen der Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs im Umweltbereich, insbesondere die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips und der Erweiterten Herstellerverantwortung, praktikable Übergangsfristen sowie mehr Flexibilität bei der Umsetzung der Maßnahmen des Green Deals. Herr Stern nahm die Anliegen der Teilnehmer gerne auf.

Ein englischsprachiger Austausch mit Alfonso Alcolea, Referent im Bereich Saubere Luft und Städtepolitik (C.3) in der Generaldirektion Umwelt (DG ENV) der EU-Kommission, stand ebenfalls auf dem Programm. Im Mittelpunkt des Gesprächs stellte Herr Alcolea den siebten Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) „Europas Umwelt 2025“ vor, der alle fünf Jahre erscheint. Der Bericht bietet eine umfassende Bewertung des Zustands der Umwelt, des Klimas und der Nachhaltigkeit in Europa und richtet sich sowohl an Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene als auch an die breite Öffentlichkeit. Die Teilnehmer hatten die Gelegenheit, sich mit Herrn Alcolea über den Bericht und die darin behandelten Themen auszutauschen.



© Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Am darauffolgenden Morgen fand ein Austausch mit Andreas Bühler, Ressortbeauftragter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, statt. Die Teilnehmer hatten die Gelegenheit, sich über aktuelle Themen der EU-Umweltpolitik auszutauschen und die Positionierung der Landesregierung zu diesen Bereichen näher kennenzulernen. Dabei konnten die Teilnehmer ihre kommunalen Perspektiven einbringen und diskutierten unter anderem die EU-Verordnung über die Verbringung von Abfällen, die Chancen durch das EU-Omnibus-Paket, die Wasserrahmenrichtlinie, die Reform des Vergaberechts – insbesondere im Hinblick auf grüne Beschaffungskriterien für Kommunen – sowie die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur. Außerdem wurde die angespannte finanzielle Lage der Kommunen bei der Umsetzung von EU-Regulierungen thematisiert.

Zum Abschluss des Programms fand im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen ein Debriefing statt. Unter dem Thema „Wie verzahnen wir die fachliche Zusammenarbeit zwischen Brüssel und Stuttgart zukünftig stärker?“ tauschten sich die Teilnehmer über die Erkenntnisse der Hospitation aus und erörterten Ansätze für eine noch engere Zusammenarbeit mit dem Europabüro. Gegen Mittag traten die Teilnehmer die Heimreise an.

Insgesamt konnten die Teilnehmer der Hospitation wertvolle Informationen aus den unterschiedlichen Austauschen mitnehmen, die Interessensvertretung des Europabüros vor Ort bereichern und neue Perspektiven für die alltägliche Arbeit im Bereich der EU-Umweltpolitik gewinnen.



Nadine Merz ist Office-Managerin im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Neue Fachberaterin

Seit 15. September 2025 ist Rebecca Waldenmeier die neue Fachberaterin für Quartiersentwicklung in der Geschäftsstelle des Landkreistags.

Von Daniel Werthwein · Landkreistag Baden-Württemberg

Die Fachberatung ist Teil der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ und wird durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration gefördert und finanziert aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.

Mit Frau Waldenmeier konnte eine erfahrene Fachkraft mit mehrjähriger Erfahrung in einem Landratsamt für die Fachberatung gewonnen werden. Sie war ab 2016 als Altenhilfefachberaterin u. a. für die Umsetzung der Kommunalen Pflegekonferenz Ostalbkreis und den Pflegestützpunkt im Ostalbkreis verantwortlich und steht daher schon lange mit dem Landkreistag und den Landkreisen in Verbindung.

Die Fachberatung Quartiersentwicklung des Landkreistags ist Teil des Gemeinsamen Kommunalen Kompetenzzentrums für Quartiersentwicklung (GKZ.QE) der drei kommunalen Landesverbände unter dem Dach der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ Die Fachberatung begleitet und unterstützt Landkreise durch individuelle Beratung zur Quartiersentwicklung, detaillierte Informationen zu den aktuellen Förderprogrammen, Konzeptentwicklung und Projekterarbeitung. Die Fachberatungsstelle veranstaltet gemeinsam mit der Fachberatungsstelle Bürgerschaftliches Engagement die jährliche Fachtagung „Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft“. Des Weiteren organisiert und beteiligt sie sich bei Beratungs-, Regional- und Fachtagen.

Frau Waldenmeier wird an die erfolgreiche Arbeit ihres Vorgängers, Herrn Teufel, anknüpfen und freut sich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Bei Fragen und Anliegen können Sie sich jederzeit gerne bei ihr melden.



Kontakt Daten Fachberatung Quartiersentwicklung

Rebecca Waldenmeier
Landkreistag Baden-Württemberg
Tel. 0711/22462-36
waldenmeier@landkreistag-bw.de

© Privat



Baden-Württemberg
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Integration
Fördert durch Landesmittel, die der Landtag
Baden-Württemberg beschlossen hat.

Daniel Werthwein ist Referent für Pflege, Integration und soziale Sicherung beim Landkreistag Baden-Württemberg

1,5 Millionen Euro fließen in 18 lebendige Kommunen und Kreise

Der Rhein-Neckar-Kreis, der Landkreis Esslingen sowie der Ostalbkreis erhalten Fördermittel für innovative Quartiersprojekte.

Von Rebecca Waldenmeier · Landkreistag Baden-Württemberg



© Adobe Stock

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg unterstützt mit dem Förderprogramm „Quartiersimpulse“ im Rahmen der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“ 18 Kommunen und Kreise mit 1,5 Millionen Euro.

Auch in dieser Förderrunde überzeugten ganz unterschiedliche Anträge aus den Landkreisen und erhalten einen finanziellen Zuschlag: Der Landkreistag Baden-Württemberg gratuliert dem Rhein-Neckar-Kreis, dem Landkreis Esslingen und dem Ostalbkreis zur Aufnahme ins Förderprogramm.

Der Rhein-Neckar-Kreis investiert 115.000 Euro in das Projekt „Alt und Jung – Gemeinsam stark“. Ziel ist es, die Arbeit von Mehrgenerationenhäusern und Familienzentren im Landkreis zu stärken und ihre Angebote in der Öffentlichkeit besser sichtbar und bekannt zu machen.

Der Landkreis Esslingen erhält für zwei Quartiersprojekte eine Förderung von bis zu 214.000 Euro. Beide Vorhaben verfolgen das Ziel, ältere Menschen ab 60 Jahren dazu zu befähigen, am digitalen Leben teilzuhaben. Gemeinsam mit den Kommunen Denkendorf und Neckartenzlingen setzt der Landkreis das Projekt „Mit- und Füreinander – Unser Quartier wächst digital weiter“ um. Mit den Kommunen Beuren, Oberboihingen und Kirchheim unter Teck (In der Warth) startet der Landkreis Esslingen das Projekt „Mit- und Füreinander – Unser Start ins digitale Quartier“.

Gemeinsam mit der Stadt Schwäbisch Gmünd möchte der Ostalbkreis mit dem Projekt „CHAL gemeinsam gestalten – Generationen im Dialog“ neue Impulse für ein generationengerechtes Zusammenleben setzen. Ziel ist es dort, lokale Bedarfe für ein selbstbestimmtes Leben im Alter sichtbar zu machen und in konkrete, alltagsnahe Formate zu überführen.

Im Quartier Hüttfeld setzen der Ostalbkreis und die Stadt Aalen das Projekt „IdeenWerkstatt Hüttfeld – Technik.

Begegnung. Beteiligung“ um. Der geplante Makerspace soll ein inklusiver Begegnungsort für alle Generationen werden – ein Raum, in dem kreative Ideen entstehen, praktische Fähigkeiten weitergegeben und Ressourcen nachhaltig sowie gemeinschaftlich genutzt werden. Der Ostalbkreis erhält eine Förderung für beide Projekte in Höhe von rund 160.000 Euro.

Weitere spannende Einblicke zum Thema gibt die im Mai 2025 neu aufgelegte Broschüre „Landkreise und Quartiersentwicklung“. Die Neuauflage kann in der gewünschten Stückzahl kostenfrei bei der Geschäftsstelle bestellt werden und ist auf der Homepage des Landkreistags als PDF verfügbar.

Weitere Informationen zur Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“ finden Sie unter quartier2030-bw.de.

Fachberatung Quartiersentwicklung in der Geschäftsstelle des Landkreistags

Seit Juli 2018 berät die Fachberatungsstelle Quartiersentwicklung im Landkreistag zu Fragen der Quartiersentwicklung, unterstützt in der Fördermittelakquise und steht den Landkreisen u. a. bei Fachveranstaltungen zur Verfügung. Ihre Ansprechpartnerin ist

Rebecca Waldenmeier, Telefon: 0711/224 62-36,
E-Mail: waldenmeier@landkreistag-bw.de.



QUARTIER 2030
Gemeinsam. Gestalten.

Baden-Württemberg
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Integration
Finanziert durch Landesmittel, die der Landtag
Baden-Württemberg beschlossen hat.

Rebecca Waldenmeier ist Fachberaterin für Quartiersentwicklung in der Geschäftsstelle des Landkreistags Baden-Württemberg.

Netzwerk Neue Festkultur ruft den „Tag der Festkultur“ am 10. Oktober aus

Es ist ein schrecklicher Fall, der Fachleute aus dem Bereich des Jugendschutzes, der Suchtprävention und der Polizei lange beschäftigt: 2005 wird auf einer Fasnetsveranstaltung in Irndorf im Landkreis Tuttlingen ein 17-jähriges Mädchen von einem gleichaltrigen Jungen nachts um 3 Uhr brutal vergewaltigt und erschlagen.

Von Heike Küfer · Landkreis Biberach

Beide, Opfer und Täter, waren stark betrunken. Fragen drängen sich auf: Wie hätte eine solche Tat verhindert werden können? Was kann man im Vorfeld tun, dass so etwas nicht wieder passiert? Fachleute aus dem Bereich des Jugendschutzes, der Suchtprävention und der Polizei schließen sich zusammen, ein Konzept für den Jugendschutz und zur Suchtprävention auf Veranstaltungen unter dem Titel „Festkultur“ entsteht. Immer mehr Landkreise und Polizeidirektionen schließen sich an, ein weitreichendes Netzwerk entsteht, das Netzwerk Neue Festkultur. Einige Jahre befindet sich das Netzwerk unter dem Dach des Landesgesundheitsamts, bis zu 18 Landkreise aus Baden-Württemberg und Bayern beteiligen sich.

Das Netzwerk fasst die sogenannte „Leitlinie Festkultur“, die Vorgaben zum Jugendschutz bei Festen macht. Beispielsweise ergibt die Analyse der Fest-Situation durch die Experten, dass sich die Veranstaltungszeiten immer mehr in die Nacht hinein verschieben. Dass Alkohol auf dem Parkplatz im Auto konsumiert wird und offensichtlich betrunkenen Gäste die Veranstaltung besuchen möchten.

Konsequente Umsetzung von Jugendschutzbestimmungen

Mit einheitlichen Vorgaben für Festveranstalter und vor allem einer konsequenten Umsetzung von Jugendschutzbestimmungen, nicht zuletzt bzgl. des Alkoholkonsums, lässt sich die Situation über einen längeren Zeitraum stabilisieren. Doch der Weg für das Netzwerk bis dahin war lang und anstrengend: Es waren Besprechungen mit allen beteiligten Städten und Gemeinden nötig, um die Verantwortlichen vor Ort davon zu überzeugen, dass ausufernde Feste niemandem dienen – im Gegenteil, die traditionelle „Festkultur“ auf Dauer kaputt machen. Konkrete Werkzeuge, wie zum Beispiel der im Netzwerk entstandene PartyPass sowie zahlreiche Beratungsgespräche führten zum Erfolg: Es hat funktioniert: Die Auffälligkeiten bei Festen gingen zurück, die Leitlinien wurden etabliert und zu einem festen Bestandteil der Festkultur. Mit der Zeit war es keine Frage mehr, OB ein Veranstalter die Regelungen einhält, sondern eher WIE.

Diese Entwicklung barg und birgt jedoch auch eine nicht zu vernachlässigende Gefahr: Eskalationen und schwierige Situationen bei Festen verschwanden von der Tagesordnung. Das ist sehr gut. Leider wurde bei den Verantwortlichen die

plötzlich ruhigen Feste als Normalität wahrgenommen und niemand machte sich mehr Gedanken darum, warum alles so gut läuft. Es hat sich schleichend niemand mehr um die Umsetzung der Leitlinien gekümmert. Das Resultat daraus, nicht zuletzt auch durch die Lockdowns während der Corona-Pandemie: Die mühsam auf den Weg gebrachten Festkultur-Leitlinien und deren Umsetzung sind nach und nach eingeschlafen.

Landkreise Sigmaringen, Biberach, Zollernalb, Tuttlingen, Ortenau und Schwäbisch-Hall schließen sich zusammen

Nun ist die nächste Generation der Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden damit beschäftigt, Feste zu organisieren. Die schlimmen Erfahrungen der 2000er und 2010er Jahre sind weit weg. Es ist wichtig, die Festkultur „am Leben“ zu halten, denn nur so können Jugendliche unbeschwert feiern und Vereine und Verbände stressfreie Feste veranstalten.

Deshalb haben sich jetzt die Landkreise Sigmaringen, Biberach, Zollernalb, Tuttlingen, Ortenau und Schwäbisch-Hall gemeinsam auf den Weg gemacht und mit der „Festkultur 2.0“ ein Revival der Festkultur gestartet. Mit dabei sind Landkreise (Jugendschutz) und Polizei (Prävention). Die Leitlinie wurde angepasst, eine neue Homepage erstellt (www.neue-festkultur.de). Jeder Landkreis/Stadt und jede Institution, die Interesse hat, kann Mitglied werden. Um viele Mitstreiter zu gewinnen, hat die Initiative den „Tag der Festkultur“ am 10. Oktober jeden Jahres ausgerufen. Dazu werden im „Festkultur-Land“ (SIG-BC-TUT-ZAK-Ortenau-Schwäbisch-Hall) an diesem Tag Presseartikel veröffentlicht und Veranstaltungen geplant. Im Landkreis Biberach findet die Veranstaltung: „Damit das Fest läuft“, am 20. November 2025 statt. Mehr Informationen gibt es auf der Homepage des Kreisjugendreferats Biberach unter www.ju-bib.de.

Heike Küfer ist Kommunale Suchtbeauftragte des Landkreises Biberach

Zweite Immobilienwerkstatt im Rems-Murr-Kreis

Mehr als 70 Interessierte zu Gast bei der zweiten Immobilienwerkstatt im Landratsamt
Rems-Murr-Kreis – vom Nachbarlandkreis bis hin zu Großstädten wie Stuttgart,
Mannheim oder Erfurt

Von Martina Keck · Rems-Murr-Kreis



Landrat Dr. Richard Sigel begrüßt die Teilnehmenden. © Maximilian Schwarz

Leere Kassen, Fachkräftemangel und bürokratische Hürden: Die Verwaltungen stehen vor großen Herausforderungen. Der Rems-Murr-Kreis ist mit seiner Gesamtimmobilienkonzeption deshalb bewusst schon seit 2016 auf dem Weg und stellt sich mit smarten Lösungen diesen neuen Anforderungen umfassend und proaktiv.

„Mir ist wichtig, dass wir als Verwaltungen voneinander lernen und Synergien nutzen. Deshalb freut es mich, dass heute auch mehrere Ministerien und Landesbehörden mit dabei sind. Und eine breite Vielfalt, vom Nachbarlandkreis bis hin zu Großstädten wie Stuttgart, Mannheim oder Erfurt, von Garmisch-Partenkirchen bis ins Saarland! Seit dem Start unserer Gesamtimmobilienkonzeption spüren wir großes Interesse an unserem Modell und haben bereits viele Delegationen durch unsere Gebäude geführt. Deshalb haben wir gesagt, wir bündeln das im Rahmen dieser zweiten Immobilienwerkstatt“, so Gastgeber Landrat Dr. Richard Sigel in seinem Begrüßungsimpuls.

Der Landrat gab dabei einen Überblick über die Gesamtimmobilienkonzeption des Rems-Murr-Kreises: Im ersten Projekt, der Röttestraße, hat der Landkreis inzwischen zwei Jahre Erfahrungen mit New Work sammeln können. „Und wir können sagen: Unser Konzept funktioniert. Wir konnten die Fluktuation in diesem Bereich reduzieren und ein ganzes weiteres Amt konnte mit ins Gebäude einziehen, weil die Flexibilität wirkt.“

Auch der Sitzungssaal-Komplex hat den Ernstfall bestanden: Von hier aus hat das Landratsamt gemeinsam mit den Blaulicht-Fraktionen das Starkregen- und Hochwasser-Ereignis 2024 bewältigt. Seit dem Sommer sind zudem der Erweiterungsbau am Alten Postplatz 18 und der sogenannte Querbau in Betrieb. Kürzlich gestartet ist die Sanierung des Hochhauses aus den 50er-Jahren – aktuell deutlich unter dem geplanten Budget.

„Heute geht es um New Work, aber auch um Verwaltungsmodernisierung. Denn wir sind inzwischen schon ei-



© Landratsamt Rems-Murr-Kreis

nen Schritt weiter: Wir blicken hinter die Fassade und entwickeln gemeinsam innovative Wege hin zu einer modernen, zukunftsfähigen Verwaltung“, betont der Landrat.

Digitale Tools und KI bieten Verwaltungen ganz neue Perspektiven, das wurde bei der Immobilienwerkstatt deutlich. „Diese Potenziale müssen wir gerade jetzt, angesichts der schwierigen Wirtschaftslage und den leeren Kassen, voll ausschöpfen. Dazu gehört auch, dass wir voneinander lernen und Best-Practice-Beispiele teilen“, betont Landrat Dr. Richard Sigel.

In fünf Themen-Impulsen „von der Verwaltung für die Verwaltung“ ging es um proaktive Interaktion mit dem Bürger, den lösungsorientierten Einsatz von KI und um Change-Management im engen Austausch mit den Mitarbeitenden. Diese wurden am Nachmittag in Kreativ-Workshops vertieft.

Best-Practice-Impulse aus der Verwaltung für die Verwaltung:

Jennifer Gärtner vom Amt für Beteiligungen und Immobilien des Rems-Murr-Kreises stellte den Anwesenden das „Drei-Zonen-Konzept“ vor, das der Landkreis gemeinsam mit Drees & Sommer erfolgreich implementiert hat: Das Konzept bietet öffentliche Servicestellen und Beratungsbereiche für die Bürgerinnen und Bürger sowie interne, sichere Arbeitsbereiche für Mitarbeitenden. Mit den neuen Arbeitswelten wurde ein attraktives Arbeitsumfeld geschaffen, das neue Maßstäbe für effiziente Abläufe in einer modernen Verwaltung setzt.

Sven Mylius von Drees & Sommer ergänzt: „Das Drei-Zonen-Prinzip professionalisiert die Kunden- und Bürgerinteraktion, stärkt Sicherheit und Datenschutz und ist das Fundament für effizientere und flexible Flächennutzung. Mitarbeitende können sich besser auf ihre Aufgaben konzentrieren und profitieren von verbessertem Austausch und Zusammenarbeit.“ Insgesamt setzen Verwaltungen seiner Erfahrung nach zunehmend auf hochflexible Nutzungskonzepte und selbstorganisierte Bürostrukturen. „Abteilungsgrenzen werden aufgelöst, um agiler, effizienter und

zukunftsfähiger zu arbeiten. Mit Fokus auf Anpassungsfähigkeit und Wachstum“, so der Experte.

Warum fand die Immobilienwerkstatt erneut in Waiblingen statt? „Der Rems-Murr-Kreis steht für praxisnahe Erfahrungen mit zukunftsfähigen Verwaltungsstrukturen. Ziel ist es, dieses Wissen zu teilen, gegenseitigen Austausch zu fördern und gebaute Beispiele erlebbar zu machen. Für mehr Innovation in der öffentlichen Verwaltung“, so Mylius weiter.

Innovatives Mobilitätskonzept mit modernem Fuhrpark und Fahrradgarage

Im Einklang mit der Gesamtimmobilienkonzeption setzt das Landratsamt Rems-Murr-Kreis außerdem auf ein neues Mobilitätskonzept. Damit leistet es einen Beitrag zum Klimaschutz und macht einen weiteren Schritt in Richtung Zukunft. Das Mobilitätskonzept setzt verschiedene Anreize, damit Mitarbeitende das Landratsamt mit umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln erreichen. Ein Baustein ist dabei die Neuausrichtung des Fuhrparks. Die Flotte der Dienstfahrzeuge wurde erheblich ausgeweitet, der Anteil der Elektroautos dabei deutlich erhöht. Auch an die Fahrradpendler ist gedacht: Die neu geschaffene Fahrradgarage samt Duschen, Umkleiden und Lademöglichkeiten macht Pendeln mit dem Rad praktisch und komfortabel.

Gemeinsam für eine moderne Verwaltung

Veranstaltet hat der Rems-Murr-Kreis die Immobilienwerkstatt gemeinsam mit dem Landkreistag Baden-Württemberg, der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und Drees & Sommer. Kooperationspartner sind die Landkreise Schwarzwald-Baar, Waldshut und Ravensburg. Die genannten Landkreise haben sich bereits vor über acht Jahren zusammengeschlossen, um gemeinsam an den Herausforderungen, mit denen die Landkreisverwaltungen konfrontiert sind, zu arbeiten und Synergien zu nutzen.

Im Anschluss an die Impulsvorträge und Workshops konnten die Teilnehmenden die neuen Gebäude bei Führungen besichtigen.

Good Practice: Drei-Zonen-Modell im Rahmen der Gesamtimmobilienkonzeption

Landkreis: Rems-Murr-Kreis

Kategorie: New Work

Mehrwert: Meilenstein für moderne und effiziente Verwaltung: Mehr Sicherheit für Mitarbeitende und zeitgemäßer Service für Bürgerinnen und Bürger, Optimierung von Büroflächen für Verwaltungen.

Übertragbarkeit: Hoch

Ansprechperson: Jennifer Gärtner, Projektleiterin im Amt für Beteiligungen und Immobilien, 07151/501-1928, J.Gaertner@rems-murr-kreis.de

Martina Keck ist Pressesprecherin im Landratsamt Rems-Murr-Kreis

PERSONALIEN

Landkreis Calw



Helmut Riegger wurde als Landrat im Landkreis Calw erneut bestätigt. Der Kreistag hat in seiner öffentlichen Sitzung am 3. November 2025 Riegger wiedergewählt. Er tritt damit im Februar 2026 seine dritte Amtszeit an. Auf ihn entfielen im ersten Wahlgang 44 von 50 Stimmen. Der 63-jährige Diplom-Verwaltungswirt ist seit 2010 Landrat im Landkreis Calw. Zuvor war er Bürgermeister in Kirchheim unter Teck und Erster Bürgermeister der Großen Kreisstadt Sindelfingen.

Landkreistag Baden-Württemberg



Dr. Achim Brötel ist im Rahmen der Landkreisversammlung einstimmig zum neuen Präsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt worden. Der 62-jährige Jurist ist seit 20 Jahren Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises und seit September 2024 auch Präsident des Deutschen Landkreistags. In dieser Rolle vertritt er erfolgreich die Interessen der 294 deutschen Landkreise auf Bundesebene. Brötel hat in Würzburg und Heidelberg studiert und wurde 1997 als Richter auf Lebenszeit an den Bundesgerichtshof abgeordnet. Bereits ein Jahr später, 1998, wurde er zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Buchen im Neckar-Odenwald-Kreis gewählt. 2005 wählte ihn der Kreistag, dem er seit 1999 angehörte, zum Landrat. 2018 folgte dann die Wahl Brötels zu einem von drei Vizepräsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg.



Joachim Walter, seit 2013 Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, hatte bereits im Dezember 2024 öffentlich erklärt, Ende September aus seinem Hauptamt als Landrat des Landkreises Tübingen ausscheiden zu wollen. Damit endete auch seine Amtszeit als Landkreistagspräsident. In Anerkennung seiner herausragenden Verdienste um den Landkreistag ist Joachim Walter von der Landkreisversammlung zum ersten Ehrenpräsidenten in der Geschichte des Verbands gewählt worden. Im Rahmen der Verabschiedung wurde Joachim Walter zudem die Landkreismedaille in Gold verliehen. Diese nur äußerst selten verliehene Auszeichnung würdigt die außergewöhnlichen Verdienste, die sich Joachim Walter um die Landkreise erworben hat.



Günther-Martin Pauli ist von der Landkreisversammlung einstimmig zum Vizepräsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt worden. Der 60-jährige Jurist ist seit 2007 Landrat des Zollernalbkreises und war von 2001 bis 2016 auch Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Günther-Martin Pauli folgt Joachim Walter nach, der seit 2003 Landrat des Landkreises Tübingen, seit 2013 Landkreistagspräsident war und zum 30.09.2025 in den Ruhestand gegangen ist.



Dietmar Allgaier, Landrat des Landkreises Ludwigsburg, wurde von der Landkreisversammlung in das Präsidium gewählt. Er folgt damit auf Landrat Edgar Wolff, Landkreis Göppingen, nach.



Heiner Scheffold, Landrat des Alb-Donau-Kreises, wurde von der Landkreisversammlung als neues Mitglied in das Präsidium gewählt. Er folgt damit Landrat Joachim Walter, Landkreis Tübingen, nach.

Landkreis Freudenstadt



Andreas Junt ist seit dem 1. Oktober 2025 neuer Landrat des Landkreises Freudenstadt. Der Kreistag des Landkreises Freudenstadt hat in seiner Sitzung am 28. Juli 2025 Andreas Junt zum neuen Landrat des Landkreises Freudenstadt gewählt. Er folgt in diesem Amt auf Landrat Dr. Klaus Michael Rückert, der nach 15 Amtsjahren sein Amt zum 30. September 2025 zur Verfügung gestellt hat, um sich neuen beruflichen und privaten Zielen zu widmen.

Landkreistag Baden-Württemberg



Prof. Dr. Alexis v. Komorowski ist am 24. Juli 2025 in Schwäbisch Hall von den baden-württembergischen Landrätinnen und Landräten in seinem Amt bestätigt und für weitere acht Jahre wiedergewählt worden. Prof. Dr. Alexis von Komorowski ist Jurist und war vor seiner Tätigkeit beim Landkreistag Baden-Württemberg an verschiedenen Stellen in der baden-württembergischen Ministerial- und Innenverwaltung tätig. 2010 erfolgte die Wahl zum Stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Verbands der 35 baden-württembergischen Landkreise, ehe er 2017 zum Hauptgeschäftsführer gewählt wurde. Die neue Amtszeit begann am 1. August 2025.

Landkreis Tübingen



Dr. Hendrik Bednarz ist seit dem 1. Oktober 2025 neuer Landrat im Landkreis Tübingen. Der Kreistag hat den 46-jährigen Juristen in seiner Sitzung vom 23. Juli 2025 im dritten Wahlgang mit 32 zu 31 Stimmen gewählt.

Alb-Donau-Kreis



Heiner Scheffold, Landrat des Alb-Donau-Kreises, wurde in der Mitgliederversammlung der Baden-Württembergischen Krankenhausesellschaft e.V. (BWKG) am 10. Juli 2025 als Vorstandsvorsitzender der BWKG für weitere zwei Jahre bestätigt. Scheffold ist seit 2021 BWKG-Vorstandsvorsitzender.

Herausgeber

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 07 11 / 224620
Telefax 07 11 / 2 2462-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

Redaktion

Michael Schlichenmaier und
Nadine Steck

Ständige Mitarbeit

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

Titelbild

Grafische Werke Stuttgart / Lichtgut – Fotograf: Leif Piechowski

Layout

zumkuckuck.com

Druck

Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Vertretungsberechtigter

Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski

landkreisnachrichten.de